

Nr. 40 – 2026/2

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

In dieser Ausgabe

Reformpaket

Demografie und
Familienwerte

Iran – Israel

Aus den Landesverbänden



Dem Frieden dienen

bündnis C
Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK das Magazin für Politik von Bündnis C

Nr. 40 – 2026/2

Inhalt

Editorial	4
Team Öffentlichkeitsarbeit.	7
Ich bin dafür.	8
Machen Sie mit	9
Gebetsaufruf	10
Spendenaufruf.	11
Aus den Landesverbänden	12
Gelbe Karte für den Journalismus.	22
Was die Wirtschaft jetzt braucht	23
Ressourcen aktivieren statt Sparprogramm	24
Ehegattensplitting und Mitversicherung: Für eine solidarische Gesellschaft	26
Das iranische Volk nicht aufgeben	28
Noch kein Frieden für Israel	30
Null Toleranz für Antisemitismus!	32
Was Deutschland und Rumänien verbindet	34
Erfurt im Frieden	36
Infomaterial zum Weitergeben	37
Schlusswort.	38
Impressum.	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Mathias Scheuschner, Sven Pilz,
Verena Thümmel, Hartmut Voß (von li. nach re.)

Beisitzer: Mohsen Kornelsen, Gudrun Flindt,
Rainer Secker, Christine Widiger,
Alain Kaffo, Sonja Koschinsky



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

viele von uns haben in diesem Sommer mitgefiebert, als unsere Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft antrat – und mitgelitten, als sie im Sechzehntelfinale gegen Paraguay ausschied. Mich haben dabei zwei Bilder nicht mehr losgelassen, und beide haben mit Fußball nur an der Oberfläche zu tun.

Das erste Bild: Nach dem Auftaktspiel gegen Curaçao kamen Felix Nmecha und Jonathan Tah mit Spielern der gegnerischen Mannschaft am Mittelkreis zusammen – zum gemeinsamen Gebet, verabredet schon vor dem Anpfiff, unabhängig vom Ergebnis. Im Spiel Gegner, nach dem Spiel Geschwister in Christus. Vor einem Millionenpublikum legten diese jungen Männer die Arme umeinander, senkten die Köpfe und bezeugten, dass es Größeres gibt als Fußball, Sieg und Niederlage. Was für ein Zeichen in einer Zeit, in der Christen im öffentlichen Raum eher belächelt oder verdächtigt werden! Hier wurde sichtbar, wovon wir als Bündnis C überzeugt sind: Der Glaube gehört nicht ins stille Kämmerlein verbannt. Er stiftet Verbindung über alle Grenzen hinweg – über Mannschaftsgrenzen, Nationalitäten und Hautfarben.

Das zweite Bild: das Elfmeterschießen von Boston. Jonathan Tah, der in dreizehn Jahren als Profi noch nie einen Elfmeter geschossen hatte, trat als sechster Schütze an – weil sich sonst niemand fand. Er schoss über das Tor, Deutschland schied aus, und über den Abwehrspieler ergoss sich in den sozialen Medien nicht nur Zuspruch, sondern vor allem auch eine Welle aus Häm und offenem Rassismus. Seine Antwort: Er würde wieder antreten, denn es sei wichtig, Verantwortung zu übernehmen.

Dieser Satz hat mich mehr bewegt als manches Tor dieser Weltmeisterschaft. **Hintreten, wenn andere zögern. Verantwortung übernehmen, auch auf die Gefahr hin zu scheitern. Und nach dem Scheitern nicht bitter werden, sondern wieder aufstehen.** Wenn das keine Beschreibung unseres Auftrags als Bündnis C ist! Wir sind eine kleine Partei. Wir wissen, wie es sich anfühlt, anzutreten, wenn der Erfolg nicht garantiert ist. Aber wir treten an – weil jemand hintreten muss, der die richtigen Fragen stellt. Und die Schmähungen gegen Jonathan Tah erinnern uns daran, wofür wir dabei stehen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie gilt für jeden – ob er trifft oder verschießt.

Eine Welt, die den Atem anhält – und was sie uns lehrt

Im Editorial der letzten Ausgabe schrieb ich, die Welt halte den Atem an. Sie tut es noch immer. Der Krieg gegen das iranische Regime dauert an, auch die jüngst vereinbarten Waffenruhen sind brüchig, die Straße von Hormus bleibt umkämpft und zeitweise blockiert. Die Folgen erreichen jeden Haushalt in Deutschland: steigende Energiepreise, ein Geschäftsklima auf dem tiefsten Stand seit der Corona-Krise, ein wachsendes Rezessionsrisiko mit jedem Tag, an dem Öl- und Gaslieferungen ausbleiben. Wir beten weiter für den Frieden im Nahen Osten, für Israel und für das iranische Volk, dessen Sehnsucht nach Freiheit ungebrochen ist – auch wenn Gottes Wege sich langsamer entfalten, als wir es uns erhofft haben.

Zugleich bestätigt sich schneller, als uns lieb sein kann, was wir im Frühjahr als eines unserer zentralen Themenfelder benannt haben: Versorgungssicherheit. Energie, Ernährung, Düngemittel, Medikamente – die Grundversorgung eines Landes ist keine politische Nebensache. Sie ist Kernaufgabe verantwortlicher Politik, so wie Josef in Ägypten in den sieben guten Jahren für die sieben mageren vorsorgte. Ein Land, das seine Gasspeicher aus Preisgründen leerlaufen lässt und grundlastfähige Kraftwerke abschaltet, während die Weltlage brennt, handelt nicht klug, sondern fahrlässig. **Wir arbeiten als Partei an einem Konzept zur Versorgungssicherheit. Wenn Sie Fachexpertise in Energie, Landwirtschaft oder Logistik mitbringen: Melden Sie sich gern in unserer Bundesgeschäftsstelle – wir brauchen Sie.**

Der digitale Raum: Wir gehen hinein – und verteidigen seine Freiheit

Bündnis C wird sichtbarer. Unsere Social-Media-Kanäle wachsen, ein engagiertes Team arbeitet an Inhalten, die unsere Positionen dorthin bringen, wo Menschen heute Fragen stellen: auf ihre Bildschirme. **Ich lade Sie herzlich ein, Teil davon zu sein – folgen Sie unseren Kanälen, teilen Sie unsere Beiträge, kommentieren Sie.** Jede Interaktion vergrößert unsere Reichweite und kostet Sie nur wenige Sekunden.

Doch während wir in den digitalen Raum gehen, wird um seine Freiheit gerungen. Kurz vor der Sommerpause hat das EU-Parlament die sogenannte Chatkontrolle wieder in Kraft gesetzt – die anlasslose Durchsuchung privater Nachrichten. Klar ist: Der Schutz unserer Kinder vor Missbrauch ist uns ein Herzensanliegen. Täter müssen mit aller Konsequenz verfolgt werden. Aber anlasslose Massenüberwachung von 450 Millionen Bürgern ist der falsche Weg – das sagt nicht nur der Deutsche Kinderschutzbund, der zielgerichtete Ermittlungen statt Generalverdacht fordert. Wer jeden Brief öffnet, schützt keine Kinder, aber er zerstört das Briefgeheimnis, das auch digital ein Grundpfeiler der Freiheit ist.

Noch schwerer wiegt, wie diese Entscheidung zustande kam: Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte gegen die Verordnung – und dennoch gilt sie als angenommen, weil in zweiter Lesung eine absolute Mehrheit von 361 Stimmen zur Ablehnung nötig gewesen wäre, die Abstimmung aber auf den letzten Tag vor der Sommerpause gelegt wurde. Ein zweimal gefasstes Parlamentsvotum wurde so per Verfahrenstrick in sein Gegenteil verkehrt – vorangetrieben ausgerechnet von der Parteienfamilie, in der zumindest manche Parteien noch das „C“ im Namen tragen. Dass vor einem guten Jahr die EVP anlasslose Chatkontrollen noch abgelehnt hat, bezeichnet leider den politischen Trend, mit dem wir konfrontiert sind. Wer so mit demokratischen Mehrheiten umgeht, beschädigt das Vertrauen, von dem Demokratie lebt. Wir werden dieses Thema weiter verfolgen, denn die Verhandlungen über eine dauerhafte Regelung gehen im Herbst weiter.

Das Wahljahr geht in die zweite Halbzeit

Im September wählen Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern neue Landesparlamente. In Niedersachsen stehen die Kommunalwahlen an. **Unsere Kandidaten treten in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Landesliste an, und in Niedersachsen stehen in Bad Essen, Wedemark und Gifhorn Bewerber von Bündnis C zur Wahl.** Nach den Erfahrungen aus Baden-Württemberg und den Kommunalwahlen des Frühjahrs wissen wir: jeder Wahlkampf, jedes Gespräch am Infostand, jedes Plakat trägt Frucht – an Sichtbarkeit, an Erfahrung, an Beziehungen. Ich danke schon jetzt allen, die sich in den kommenden Wochen einbringen und wünsche unseren Kandidaten sichtbaren Erfolg in den Ergebnissen dieser Wahlen. Und ich bitte Sie alle: **Begleiten Sie unsere Aktiven**

im Gebet. Wie Jürgen Graalfs, unser Landesvorsitzender in Baden-Württemberg zuletzt schrieb: Wer wählen geht, wähle mit dem Gewissen, nicht aus Kalkül – eine Stimme für die eigene Überzeugung ist nie verloren.

Auf festem Grund

„Gott ist unsre Zuversicht und Stärke, eine Hilfe in den großen Nöten, die uns getroffen haben. Darum fürchten wir uns nicht, wenngleich die Welt unterginge und die Berge mitten ins Meer sanken.“ (Psalm 46,2–3)

Eine Welt in Bewegung, ein Land unter Druck, eine Partei, die antritt, wo andere zögern – und ein Gott, der fester Grund bleibt, wenn ringsum alles bebt. In dieser Gewissheit gehen wir in die zweite Hälfte dieses Jahres.

Ich lade unsere Delegierten und Mitglieder bereits jetzt zu unserem **Bundesparteitag Ende September** ein und vorgeschaltet zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit der European Christian Political Party (ECP) zu den Themen Demografie und Familienwerte – Themen, die für die Zukunft Europas, unsere Wirtschaft und den Fortbestand unserer Gesellschaft schicksalsentscheidend sind. **Bitte melden Sie sich zeitnah an, damit wir planen können.**

Beten wir – füreinander, für Bündnis C, für unser Land und über alle Grenzen hinweg.

Ich wünsche Ihnen einen gesegneten Sommer und gute Gedanken beim Lesen dieses Heftes. Wie immer freuen wir uns über Ihre Rückmeldung.

Herzliche Grüße und Gottes Segen

Sven Pilz

Bundesvorsitzender





Wir laden herzlich ein zur Veranstaltung mit der
European Christian Political Party (ECPP)

Demografie Europas und Familienwerte

**Freitag 25.09.2026 (19 bis 21 Uhr) und
Samstag 26.09. 2026 (9 bis 12 Uhr)**

**im Evangelischen Allianzhaus Bad Blankenburg,
Esplanade 5-10a, 07422 Bad Blankenburg**

Sprecher:

Michael Ragg (Ragg's Domspatz GbR):
Die Rückkehr der Familienwerte in Europa

Helena Hlubocka (Vorstand ECPP, Slowakei):
Demografische Resilienz durch Familien

Karin Heepen (Vizepräsidentin ECPP):
Erziehungsgehalt und Wahlfreiheit

Weitere Sprecher sind angefragt.

Moderation: Márton Gyöngyösi
(Direktor für politische Beziehungen ECPP)

Die demografische Krise in Europa bedroht den Fortbestand unserer Volkswirtschaften und Sozialsysteme. Ziel dieser Veranstaltung ist es, politische Maßnahmen für einen gesellschaftlichen Wandel zu entwickeln, der Familien stärkt und dazu beiträgt, dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.

Die Referenten werden Einblicke in verschiedene Aspekte der Relevanz von Familien in der Gesellschaft geben. Anschließend werden die Teilnehmer in mehreren Arbeitsgruppen Vorschläge praktischer Politikgestaltung zu angrenzenden Fragestellungen erarbeiten.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und bitten um **Anmeldung bis 31.08.2026** unter info@buendnis-c.de.

Team Öffentlichkeitsarbeit

Team Öffentlichkeitsarbeit stellt sich vor

Social Media
Texte
Gestaltung
Ideen

Wir brauchen weitere Unterstützung. Mach mit im Team!
Du möchtest dich mit deinen Gaben einbringen?

Christlich | Innovativ | Gemeinsam

bündnis C
Christen für Deutschland

buendnis-c.de

Im Juni hat sich ein neues Team für den Bereich Social Media mit dem Schwerpunkt Instagram und Facebook gegründet. Aktuell besteht das Team aus zehn Mitgliedern aus verschiedenen Bundesländern – darüber freuen wir uns sehr.

In einem ersten Schritt analysieren wir gemeinsam:

Wo stehen wir derzeit?

Wie werden wir in der Öffentlichkeit wahrgenommen?

Welche Tools und Plattformen werden bereits genutzt?

Wie können wir unseren Außenauftritt und unser Corporate Design weiter verbessern?

Gleichzeitig haben wir über unsere gemeinsame Vision gesprochen: Wo möchten wir mit unserem Außenauftritt und der Wahrnehmung von Bündnis C in zwei, fünf oder zehn Jahren stehen?

Dabei wurde deutlich, dass wir einige Plattformen bisher noch zu wenig oder gar nicht nutzen. Dazu gehören unter anderem LinkedIn, X, TikTok und ein WhatsApp-Kanal. Hier möchten wir neue Möglichkeiten prüfen, Strukturen aufbauen und unsere Reichweite Schritt für Schritt erweitern.

Besonders wichtig ist uns, dass jedes Teammitglied die Aufgabe und den Platz findet, die den eigenen Fähigkeiten und Begabungen entsprechen. Wie mehrere Zahnräder sollen alle Bereiche ineinandergreifen und gemeinsam dazu beitragen, dass Bündnis C sichtbarer wird.

Dafür können wir weitere Unterstützung gebrauchen. Wenn Du schon länger den Wunsch hast, Dich im Bereich Öffentlichkeitsarbeit oder Social Media einzubringen, dann melde Dich gerne bei mir:

verena.thuemmel@buendnis-c.de

Ich danke bereits jetzt jedem Einzelnen, der sich in dieser kurzen Zeit eingearbeitet hat und so aktiv einbringt – weil es uns am Herzen liegt, dass Bündnis C wächst und in der Öffentlichkeit bekannter wird.

Verena Thümmel

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Ich bin dafür

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejammt, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter.

Deshalb heißt es an dieser Stelle: **Ich bin dafür!**

Heute: Der Ausverkauf

Wenn wir an den immer rascher fortschreitenden Ausverkauf unserer christlichen Werte denken, dann haben wir ein massiv großes Problem vor Augen, welches viele Christen und auch uns bei Bündnis C seit langem beschäftigt. Ich wage sogar zu behaupten, dass wir viele der Probleme, die wir aktuell in diesem Land haben, nicht oder nur in abgeschwächter Form hätten, wenn die Christen sich nicht großflächig aus der Gesellschaft heraus und in ihre Kirchengebäude hinein zurückziehen würden. Vielleicht gäbe es weniger Islamismus und Antisemitismus, weniger Pornographie, Missbrauch und zerrüttete Familien, wenn die Christen nicht seit Jahren in immer neuen Wellen der Aufweichung und der interreligiösen Relativierung Grundwert um Grundwert zur Disposition gestellt hätten. Vielleicht. Aber bevor wir jetzt Bereich um Bereich aufzählen und Klage um Klage anstimmen: Darum soll es nicht gehen, wir sind ja positiv und dafür.

In Epheser 5,16 heißt es: „*Und kauft die Zeit aus, denn es ist böse Zeit.*“ Im Vers davor ermahnt uns Paulus sogar, unser Leben als Weise zu führen und nicht als Unweise. Ja, die Zeit ist böse und sie läuft uns davon. Es gibt viele Mahner, die betonen, dass die besondere Gnadenzeit, die wir in unserem Land mit der Wiedervereinigung erleben durften und dürfen, diese unglaubliche Wiederherstellung der Einheit, die ungeahnten Möglichkeiten zur Verkündung des Evangeliums, die vielen Aufbrüche in fast allen Bereichen des Lebens, nicht zuletzt auch die Möglichkeit der Gründung einer bewusst christlichen Partei, dass diese Zeit wieder zu Ende geht und unsere Möglichkeiten, diese Gesellschaft zu verändern und als Partei biblische Grundsätze und göttliche Lösungen aufzuzeigen, dass dieses Zeitfenster sich wieder schließt. Dass die Dunkelheit sich wieder auf das Land legt und die Chancen der Christen, als bestimmende Größe wahrgenommen zu werden, schwinden und verschwinden.

Wenn Sie jetzt, lieber Leser, verärgert sind, weil Ihnen das allzu sehr nach Endzeit klingt, dann sage ich Ihnen: Stimmt. Diese Welt ist offensichtlich am Ende. Die kollabierenden politischen Systeme, die zerstörte Umwelt, die aufeinander losgehenden Völker, das macht alles wenig Hoffnung. Aber steht irgendwo geschrieben, dass wir deshalb unser Engagement beenden sollen? Dass wir angesichts des bevorstehenden Endes unsere Bemühungen einstellen dürfen? Nein! In Johannes 9,4 sagt Jesus: „...es kommt die Nacht, wo niemand wirken kann.“ Wenn selbst der Sohn Gottes gewusst hat, dass es eine Zeit gibt, zu wirken, und dann eine Zeit kommt, wo das nicht mehr möglich ist, dann sollten wir erst recht die zu Ende gehende Zeit nutzen. Die Missionare zum Missionieren, die Prediger zum Predigen, die Beter zum Beten. Und wir, die wir uns aufgemacht haben, mit einer christlichen Partei Gottes Prinzipien hochzuhalten in der Politik, sollten daran weiterarbeiten.

Weil wir uns einbilden, das Unheil aufzuhalten oder das Ruder noch einmal herum reißen zu können? Nein, wahrscheinlich nicht. Aber weil bis zum wirklichen Ende Zeit der Gnade ist. Weil das „*Suchet der Stadt Bestes*“ aus Jeremia 29,7 bis zum Ende gilt. Das kann plötzlich kommen oder schleichend. Das kann nächste Woche sein oder ... Auf jeden Fall ist mit jedem Abend und Morgen ein Tag weniger auf der verbleibenden Zeitleiste.

Und wenn Sie nun, lieber Leser, die verbleibende Zeit nicht vertrödeln möchten sondern auskaufen, sie nutzen, um diesem Land zu dienen, um zu versuchen, politisch Einfluss zu nehmen, damit die Entscheidungen, die noch getroffen werden, uns und unser Land nicht weiter von Gott weg und dem Gericht näher bringen, dann sind Sie herzlich eingeladen. Fragen Sie in Ihren Verbänden oder in der Bundesgeschäftsstelle. Ich bin sicher, dort wird man Sie mit offenen Armen empfangen und die für Sie und Ihre speziellen Möglichkeiten und Fähigkeiten passende Aufgabe finden. Und falls Sie noch unsicher sind und mich fragen: Ich bin dafür.

Herzlich grüßt Sie

Hartmut Voß

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Machen Sie mit

Der Wiederaufbau

„...und man wird dich nennen: Der die Breschen vermauert und die Straßen wiederherstellt, damit man dort wohnen kann.“ (Jesaja 58,12)

Dieses Bibelwort wird in Israel in eine besondere Situation gesprochen. Denn Israel ist verwundet. Das Volk fragt sich, warum Gott ihr Fasten nicht annimmt. Und die Antwort kommt. Sie hat einen zweifachen Kern: Gott prangert an, dass Israel im Streit liegt, jeder gegen jeden, Wort gegen Wort, Faust gegen Faust. Und er hat zu bemängeln, dass das Fasten ein reines Lippenbekenntnis ist. Denn das Recht der Hilfebedürftigen und Unterdrückten, das für Gott so oft ganz oben auf der Agenda steht: es kommt zu kurz.

Ein Blick auf unser Land zeigt uns recht schnell, dass wir im Grunde genau hier unsere größten Probleme haben. Deutschland ist tief gespalten. Der Riss geht durch die Schichten, die Generationen, Parteilager, Nationalitäten, Berufsgruppen bis in die Familien hinein. Ein respektvoller Dialog, eine Wertschätzung dessen, was der andere ist und tut, könnte hier Abhilfe schaffen. Doch ein Blick in Presse und soziale Medien, auf unsere Straßen, in Schulen und Dorfgemeinschaften belehrt uns: von gegenseitiger Anerkennung gibt es kaum eine Spur. Hassrhetorik und Beschimpfungen haben den Diskurs weithin ersetzt.

Ein zweiter Blick auf die Arbeit unserer Regierung zeigt uns: der Schutz Bedürftiger hat keinerlei Priorität mehr. Über die Kinder- und Jugendhilfen, Unterstützung für Behinderte und Inklusionsetats bis hin zu Gesundheitsprävention und Unterstützung für Pflegende oder Familien ... – es gibt kaum ein Feld, wo nicht massiv gekürzt wird. Und es trifft immer die, die sowieso am untersten Ende der Sozialskala sind, die heute schon nicht mehr wissen, wie sie den Monat überstehen sollen.

Gleichzeitig gehen tausende Industriearbeitsplätze verloren. Menschen mit sicher geglaubten Jobs werden arbeitslos. Berufsanfänger mit guten Studienabschlüssen finden keine Arbeit. Firmen kämpfen ums Überleben. Und man fragt sich, woher das Geld für den Sozialstaat kommen soll, während gleichzeitig Milliardenschulden für Rüstung aufgenommen werden.

Es scheint, dass genau hier unsere Aufgabe liegt: Wie können wir eine humane Gesellschaft erhalten, die das

Starke, die Mittelschicht, die Wirtschaft stärkt und die Schwachen, Bedürftigen stützt? Wo ist der Einzelne, wo sind die Familien, wo die Gemeinschaft gefragt und wo ist der Staat in der Verantwortung?

Wir sind gefordert, zu den Vorhaben der Regierung Stellung zu beziehen und kluge, innovative Gegenkonzepte zu entwerfen. **Und dazu brauchen wir Sie, liebe Mitglieder und Interessenten. Wir brauchen Ihre Expertise, Ideen und Vorschläge, wie wir wieder aufbauen, was brach liegt oder in Trümmern, und wieder aufrichten, was vorzeiten gegründet wurde, wie es in Jesaja 58,12 heißt.**

Gleichzeitig sind wir gerufen, Brücken zu bauen. Unsere Demokratie war einmal ein System, in dem viele Menschen mit den unterschiedlichsten Meinungen und Hintergründen in den respektvollen Dialog traten, miteinander um die besten Ideen für das Wohl ihres Landes rangen und diese im Konsens dann umsetzten. **Lassen Sie uns mit gutem Beispiel vorangehen, in Bündnis C eine Kultur politischer Debatte entwickeln, die besten Ideen zusammenbringen und beides nach außen tragen.**

Das ist eine komplizierte Aufgabe, die neben Mut viel Klugheit und Feingefühl verlangt. Und wir werden sie nur bewältigen können, wenn wir sie mit Gottes Geist in unserer Mitte angehen. Doch auch eine große Verheißung liegt darauf, wenn wir uns dieser Herausforderung stellen. Gott schreibt uns nicht nur Vorwürfe ins Stammbuch, er verspricht uns wunderbare Versorgung, Wegweisung und eine gute Zukunft, wenn wir seiner Aufforderung Folge leisten und in unserer Mitte Frieden und Gerechtigkeit schaffen.

Bündnis C steht wie keine andere Partei bereit, für eine Veränderung im Land zu beten und aktiv Teil dieser Veränderung zu sein. Machen Sie mit dabei, mit aller Kraft, allem Glauben und aller Zuversicht, die wir in unserem Herrn Jesus aufbringen können. Lassen Sie uns Ihre Ideen, Fragen, Themen und Vorschläge wissen. Denn unser Land und unser Volk sind unser Auftrag. Wenn wir alle gemeinsam in den Riss treten, der Deutschland zu zerstören droht, dann werden wir Wunder sehen. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

*Gudrun Flindt,
Beisitzerin Bundesvorstand*

Gebetsaufruf

Gebet ist für Christen eine der stärksten Waffen gegen das Reich der Finsternis und daher auch existenziell für Bündnis C.

Paulus ruft uns im 1. Thessalonicherbrief Kapitel 5 Vers 17 auf, ohne Unterlass zu beten. Das bedeutet nicht, ununterbrochen zu sprechen oder die Hände zu falten. Vielmehr ist eine ständige, bewusste Herzenshaltung gemeint, im Alltag mit Gott im Gespräch zu bleiben und ihm in allen Lebenslagen zu vertrauen. Gott erhört Gebet nicht immer so, wie Menschen es sich wünschen. Aber im Nachhinein dürfen wir erkennen, dass Gottes Entscheidung besser war als unser Wunsch. Er hält das Weltgeschehen und das Leben jedes Einzelnen in seiner Hand und auch uns als Partei.

Unsere Vorstände benötigen Gebet, da sie in verschiedenen Bereichen sehr angegriffen wurden. Wir arbeiten an einer Vision für Bündnis C, die unsere Mitglieder und Interessenten zur Mitarbeit einladen und motivieren soll. Wir verstärken die Öffentlichkeitsarbeit, um mehr Reichweite für Bündnis C zu generieren. Und wir brauchen den Geist Gottes, um Seine Wege für uns als Partei zu sehen und zu gehen.

Lasst uns darüber hinaus auch beten für

- Verfolgte Christen, die in vielen Teilen der Welt immer mehr unter Druck kommen

- Für Israel, das zunehmend von allen Völkern verlassen und als Bedrohung für den Weltfrieden dargestellt wird
- Für unsere Bundes- und Landesregierungen, dass Gott ihnen begegnen möge.

Um für diese und andere Anliegen zu beten, trifft sich im 14tägigen Rhythmus das Online-Gebetsteam, zu dem wir herzlich einladen. Wer dazu noch entsprechende Informationen möchte, wende sich gerne an die Bundesgeschäftsstelle. Außerdem versenden wir monatlich einen Gebetsbrief für Bündnis C, den Sie ebenfalls in der Geschäftsstelle bestellen können.

Wir sind als Vorstand sehr dankbar, dass es bei Bündnis C viele Menschen gibt, denen es ein Anliegen ist, für Bündnis C zu beten. Vielen Dank dafür!

Sonja
Koschinsky

Beisitzerin
Bundesvorstand



SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC		Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.	
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)					
Bündnis C – Christen für Deutschland					
IBAN					
DE60660501010108232562					
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)					
KARSDE66XXX					
Betrag: Euro, Cent					
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers					
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)					
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)					
IBAN					
08					
Datum		Unterschrift(en)			



Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, liebe Freunde und Unterstützer von Bündnis C,

wer in diesen Tagen die Nachrichten verfolgt, spürt deutlich: Unsere Gesellschaft befindet sich nicht nur in einem tiefgreifenden Wandel, sondern steckt mitten in einem politischen Kampf, der unsere Nation zunehmend polarisiert. Die Fronten verhärten sich, und der Bedarf an einer besonnenen, klaren Stimme, die sich konsequent an christlichen Werten ausrichtet, ist so entscheidend wie selten zuvor. Wir bei Bündnis C sind entschlossen, diese Verantwortung wahrzunehmen und als christliche Stimme inmitten des lauten Getöses hörbar zu sein.

Dafür benötigen wir eine solide Basis. Wir können uns als Partei nicht auf mächtige Großspender und staatliche Finanzierung stützen. Unsere gesamte Arbeit, von der inhaltlichen Programmarbeit bis hin zu unseren Informationsmaterialien und der direkten Wahlkampfarbeit vor Ort, finanzieren wir aus Ihren Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Um unsere christliche Vision in die Breite zu tragen und uns im aktuellen politischen Diskurs zu behaupten, benötigen wir zusätzliche finanzielle Spielräume. Wir möchten auf Konferenzen präsent sein, um unsere Positionen darlegen zu können, und unsere Reichweite in den sozialen Medien massiv ausbauen, da dies unser wichtigstes Fenster ist, um die Menschen direkt zu erreichen. Auch die Verbrei-

tung unserer Schriften, wie etwa dieses Eindruck-Hefes, ist ein wertvolles Werkzeug, um in einer polarisierten Debatte sachliche Argumente zu setzen.

Wir wissen sehr wohl, dass das Leben für viele in diesen Zeiten teurer geworden ist. Umso mehr schätzen wir jede Spende, um unsere Arbeit in diesem herausfordernden Umfeld zu ermöglichen. Ob Sie uns mit einem regelmäßigen Dauerauftrag die notwendige Planungssicherheit geben oder durch eine gezielte Einzelspende ein Projekt stärken – Sie investieren damit direkt in eine christliche Stimme für unser Land.

Spenden an Parteien sind steuerlich begünstigt. Ab 2026 erhalten Ledige für Spenden und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien bis zur Höhe von 3300 € 50 Prozent Abzug von der festgesetzten Einkommensteuer, also maximal 1650 € Steuerermäßigung. Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften können bei gemeinsamer Veranlagung bis zu 6600 € geltend machen und damit bis zu 3300 € Steuern sparen. Den entsprechenden Nachweis für Ihre Steuererklärung erhalten Sie wie gewohnt zu Beginn des nächsten Jahres von uns.

Sie können uns ganz einfach per Überweisung auf unser bekanntes Spendenkonto unterstützen oder unsere Webseite unter www.buendnis-c.de besuchen, wo Sie über den Spenden-Button auch bequem per PayPal spenden können. Wir danken Ihnen von Herzen für Ihr Vertrauen, Ihre Treue und vor allem für Ihr Gebet. Politische Arbeit ist für uns immer auch geistliche Arbeit, und wir wissen uns getragen, wenn wir gemeinsam dafür eintreten, dass christliche Werte in unserem Land wieder Raum bekommen.



Möchtest Du regelmäßig Neuigkeiten erhalten?

Dafür gibts unseren Newsletter.

gleich bestellen:

Christlich - innovative Politik
Teilen - Unterstützen - Mitmachen

bündnis C
Christen für Deutschland

buendnis-c.de




Daniel Gräber

Bundes-
geschäftsführer

Aus den Landesverbänden

Mecklenburg-Vorpommern

Landesparteitag

Mitglieder des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern trafen sich am 20. Februar 2026 zu einem Landesparteitag in Teterow, in der Mitte unseres Bundeslandes. Turnusgemäß stand die Neuwahl des Landesvorstandes an.

Der Landesvorsitzende Christian Hauser wies in seinem kurzen Rechenschaftsbericht insbesondere auf die regelmäßige Präsenz des Landesverbandes bei überregionalen christlichen Veranstaltungen hin, wie beim „Tag missionarischer Impulse“, dem Mecklenburgischen Israel-Seminar und dem Pommerschen Kirchentag.

Darüber hinaus erreicht der Landesverband mit unregelmäßigen Newslettern ca. 270 Christen, Gemeinden und sonstige christliche Organisationen im Bundesland. Der Landesverband versteht sich als Stimme der entschiedenen Christen im politischen Bereich. Wichtig ist ihm insbesondere die überkonfessionelle Vernetzung. Dazu veröffentlicht er regelmäßig einen umfangreichen und vermutlich landesweit einmaligen Überblick über interessante Veranstaltungen im christlich-politisch-gesellschaftlichen Bereich.

Unter der Überschrift „Was Deutschland bewegt“ gab der Landesvorsitzende zuerst einen Überblick über die Lage der Großkirchen und regionale christliche Aufbrüche. Dabei wies er auch auf zivilreligiöse Vereinnehmungen des Christentums von links- und rechtsideologischen Akteuren hin. Ein weiteres Thema waren offenkundige Fälle von Zensur bzw. einseitiger und tendenziöser Berichterstattung in öffentlich – rechtlichen Medien, Demgegenüber steht ein zunehmender Einsatz verschiedener Personen des öffentlichen Lebens und alternativer Medien für die Meinungsfreiheit. Innenpolitisch ist u. a. die Auseinandersetzung über zukunftstragende Lösungen in der Rentenpolitik wahrzunehmen. Hier gibt es eine „unheilige Allianz“ von Realitätsverweigerung aus Teilen der Politik und zum Teil naiven Vorstellungen junger Menschen über eine Work-Life-Balance.

Bei der Neuwahl des Landesvorstandes wurde Christian Hauser als Landesvorsitzender bestätigt. Zum Stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde

Christoph Reeps (Pastor i. R.) gewählt und als Landesschatzmeister der Grundschullehrer Olaf Magath.

Anschließend beschloss der Landesparteitag die Teilnahme an der nächsten Landtagswahl am 20.09.2026.

Aufstellungsversammlung für die Landtagswahl

Hierfür wurde die folgende **Landesliste** aufgestellt:

- | | | |
|-----------------------|--------------|------------------------|
| 1. Christian Hauser | Boizenburg | Beamter |
| 2. Olaf Magath | Pasewalk | Grundschullehrer |
| 3. Gabriele Kohlstedt | Kuchelmiß | Kinderkrankenschwester |
| 4. Martin Rübner | Groß Stieten | Softwareentwickler |
| 5. Gretel von Holst | Güstrow | Pastorin i. R. |
| 6. Matthias Kohlstedt | Kuchelmiß | Sozialtherapeut |
| 7. Christoph Reeps | Dobbin | Pastor i. R. |

Der Landesverband erarbeitete ein umfassendes **Wahlprogramm** unter der Überschrift „**Mit Liebe zur Wahrheit – damit es vorwärts geht**“. Folgende Forderungen und Themen sind uns dabei besonders wichtig:

1. Jede Gesetzgebung soll an ihren Effekten auf Familien geprüft werden.
2. Deutliche finanzielle und personelle Stärkung von Schwangerschafts-Beratungsstellen, die nachweislich „pro Geburt“ beraten. Einführung eines Qualitätsmanagements für Beratungsstellen.
3. Offensive Unterstützung werdender Eltern durch Ausbau von präventiven Beratungsangeboten zur Stärkung der elterlichen Erziehungsverantwortung.
4. Abschaffung des unsozialen Elterngeldes und bundesweit stufenweise Einführung eines einheitlichen (ggf. sozialversicherungspflichtigen) Erziehungsgehalts pro Kind von der Geburt bis zum Schulbeginn (Anspruch bis zu einer festzulegenden Einkommensgrenze der Eltern). Im Gegenzug stufenweise Abschaffung der Beitragsfreiheit von Kitas, insbesondere aber von Krippenplätzen.
5. Förderung einer identitätsunterstützenden Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten und Schulen. Beendigung der überwiegend ideologischen und menschenfeindlichen Gender-Politik.
6. Keine Frühsexualisierung von Kindern in Kindergarten und Schule.



Schweriner Schloss

Seit der Wiedergründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 1990 hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wieder seinen Sitz im Schweriner Schloss.

7. Ganzheitliche schulische Bildung, die Kinder in ihrer fachlichen, sozialen und persönlichen Entwicklung stärkt und das Leistungsprinzip fördert.
8. Stärkung der Lehrer als Autoritätspersonen und der Schulsozialarbeit als wichtige Säule im Schulalltag.
9. Gewährleistung von Wissenschaftsfreiheit und einer offenen Debattenkultur an Hochschulen.
10. Steuerliche Begünstigung von Ehen (aus Mann und Frau) und Familien: Beibehaltung des Ehegattensplittings für Ehen als Wirtschaftsgemeinschaften.
11. Beibehaltung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern in der Gesetzlichen Krankenversicherung.
12. Sicherung der Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung durch Erhöhung des Beitragssatzes für Kinderlose.
13. Gewährleistung der inneren Sicherheit durch eine ausreichende Zahl qualifizierter Polizeikräfte; insbesondere zum Schutz jüdischer Mitbürger.
14. Solide und zukunftsorientierte Haushaltspolitik.
15. Freundschaftliche Beziehungen zu Israel.
16. Sicherstellung einer artgerechten Tierhaltung als Beitrag für eine gesunde Ernährungswirtschaft.

Der Katalog wird laufend fortgeschrieben.

Anfang Juli haben wir unseren Wahlvorschlag form- und fristgerecht beim Landeswahlleiter eingereicht. Der Zulassung zur Landtagswahl durch den Landeswahlausschuss am 30. 07. 2026 sollte demnach nichts im Wege stehen. **Allen Freunden, die uns dazu mit ihrer Unterstützungsunterschrift geholfen haben, sei ein ganz herzlicher Dank ausgesprochen!**

Durch die Teilnahme an der Landtagswahl erhalten wir unter anderem auch Gelegenheit, unsere Programmatik auf den Wahlplattformen Wahl-O-Mat, WahlSwiper, dem NDR Kandidaten-Kompass oder dem „Speed-Dating“ eines lokalen Rundfunksenders zu platzieren.

Zur Verbesserung unserer Reichweite sind wir als Landesverband inzwischen auch auf folgenden Social-Media-Kanälen präsent:



Facebook: <https://www.facebook.com/profile.php?id=61588507085753>

Instagram: [buendnisc.mv](https://www.instagram.com/buendnisc.mv)

Telegram: t.me/bclvmv

X: https://x.com/BuendnisC_MV

Mit der Hilfe unseres HERRN und der Unterstützung des Erzengels Michael, dessen Statue auf der Kuppel unseres Schweriner Schlosses, des „schönsten Landtags Deutschlands“ thront, wollen wir mit unserem Programm möglichst viele Bürger ansprechen. Dabei hoffen wir auf die kräftige Unterstützung von Mitchristen, denn von Politik sind wir alle betroffen.

Christian
Hauser

Landesvorsitzender
Mecklenburg-
Vorpommern



Niedersachsen

Landesparteitag 2026

Am 18.04.2026 traf sich der Landesverband Niedersachsen im SOS Bistro in Hannover. Nach einem kurzen geistlichen Impuls starteten wir mit einem Überblick über die Entwicklung der Social Media Präsenz. Hier konnten wir feststellen, dass in den letzten Monaten deutlich mehr Reichweite aufgebaut worden ist und welchen Stellenwert Social Media derzeit in der Gesellschaft hat. Außerhalb von Wahlkämpfen gibt es kaum ein Medium, mit dem unsere Partei so viel Bekanntheit generieren kann, wie es über verschiedene mediale Plattformen möglich ist. Hier können unsere Positionen geteilt und diskutiert werden, hier wird unser Name zu einer festen Größe. Genau das brauchen wir, und dafür sind wir auf die aktive Unterstützung aller Mitglieder angewiesen. Kommentare, Likes und das Teilen von Beiträgen sind ein Dienst, den wir alle unkompliziert leisten können.

Im Anschluss holte Rainer Secker, Beisitzer im Bundesvorstand, uns zu einer spannenden Reise ins Wahlkampfgeschehen ab. Er berichtete von der Kommunalwahl in Bayern und gab uns interessante Einbli-

cke in bürokratische und gestalterische Prozesse, Wege und Umwege zur Kandidatur und verschiedene Möglichkeiten, Kandidaten von Bündnis C direkt oder über lokale Wählergemeinschaften aufzustellen. Dabei wurde wieder einmal deutlich, dass die Hürden hoch sind, als kleine Partei in den Wahlprozess zu gelangen. Ausufernde Bedingungskataloge, nicht zuletzt die geforderten Unterstützungsunterschriften, stellen die Verbände vor Ort vor schwerwiegende logistische Herausforderungen. Wir waren dankbar für die nützlichen Hinweise, haben wir in Niedersachsen doch selbst die Kommunalwahl im September auf der Agenda. Bündnis C-Kandidaten treten in Bad Essen, der Wedemark und in Gifhorn an.

Nach einer entspannten Mittagspause wendeten wir uns den Formalien zu: Rechenschaftsberichte wurden vorgelegt und im Anschluss Vorstand und Schatzmeister entlastet. **Dann kamen wir zur anstehenden Vorstandswahl. Der neu gewählte Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen:**

Den Landesvorsitz übernimmt weiterhin der langjährige Vorsitzende Thomas Wiethe. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Klaus-Dieter Schlottmann und Gudrun Flindt gewählt. Emil Weigand stellte sich als Schatzmeister zur Verfügung. Unsere Beisitzer sind Hermann Bohnenkamp, Annegret Spilker und Alexander Flindt.

Mit einem Segensgebet für die neue Amtszeit machen wir uns nun auf in zwei spannende Wahljahre. Wir sind dankbar für die Chance, Gottes Wort und Weisung über unser politisches Engagement in die Gesellschaft tragen zu dürfen, und werden auch in Zukunft daran arbeiten, innovative Konzepte und christliche Impulse in Niedersachsen zu setzen. Unser ganzes Land steht vor einer Zerreißprobe, wie es sie lange nicht gab. Wir sind überzeugt, dass gerade hier unser Auftrag herausfordernd wird wie nie zuvor, und sind bereit, ihn mit Gottes Hilfe anzunehmen.



Der neue Landesvorstand (von li.): Annegret Spilker, Emil Weigand, Gudrun Flindt, Alexander Flindt, Klaus-Dieter Schlottmann, Thomas Wiethe

Gudrun Flindt

Stellvertretende
Landesvorsitzende
Niedersachsen



Gründung Stadtverband Kreis Gifhorn und Kommunalwahl

Am 28.05.26 wurde der Stadtverband Kreis Gifhorn neu gegründet, um damit Amtsvorgaben für die Kommunalwahl zu erfüllen. Vorsitzende des Stadtverbandes ist Gudrun Flindt, stellvertretender Vorsitzender Klaus-Dieter Schlottmann, Schatzmeister Alexander Flindt und Beisitzer Paul Kirschmann.

Gudrun und Alexander Flindt sowie Klaus-Dieter Schlottmann werden bei der Kommunalwahl in Niedersachsen am 13.09.2026 für den Kreistag des Landkreises Gifhorn in drei von fünf Wahlkreisen antreten. Die Unterschriftensammlung ist fast abgeschlossen und auch das Design der Wahlplakate steht.



Unser Wahlprogramm ist auf der Landesseite Niedersachsen veröffentlicht. Es ist sehr umfangreich, weil in Gesprächen immer wieder deutlich wurde, dass die Menschen Informationsbedarf zu unserer Partei haben. Daher haben wir uns bemüht, ein möglichst breites Spektrum an Themenfeldern abzudecken. Nun brauchen wir Gebetsunterstützung für die restliche Zeit des Wahlkampfes und gute Gelegenheiten, mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu treten.

*Gudrun Flindt,
Vorsitzende Stadtverband Gifhorn*

Meine Kandidatur zu den Kommunalwahlen für den Gemeinderat Bad Essen

Ich habe mich entschlossen, das christliche Zeugnis durch meine Kandidatur für den Gemeinderat in Bad Essen bei der Kommunalwahl am 13. September 2026 zu präsentieren. Mein Anliegen ist es, die christlichen Werte wie Liebe, Treue, Gerechtigkeit und gute Beziehungen in unsere Gesellschaft zu tragen. **In der Aufstellungsversammlung am 19.06.2026 bei uns in Bad Essen wurde ich einstimmig als Gemeinderatskandidat gewählt.**

Bündnis C wirkt seit Jahren im sozialen Bereich etwa durch einen biblischen Hauskreis, der u. a. gezielt der Einsamkeit von älteren und kranken Menschen begegnet. Die Teilnehmer kommen gerne. Wir kennen uns, tauschen uns aus, beten zusammen, hören Gottes Wort und genießen Kaffee und Kuchen. Bündnis C arbeitet mit einer Betreuungsgruppe für Menschen mit und ohne Demenz zusammen, die Hilfe bei der Bewältigung des Alltags, betreutes Reisen und Unterstützung von pflegenden Angehörigen anbietet.

In der Rathausarbeit werden Projekte wie die Zusammenlegung von Feuerwehren in Bad Essen, der Bau eines neuen Rathauses, einer neuen Grundschule, eines neuen Aldi-Supermarktes und der Ausbau der Windenergie vorangetrieben, wo ich mit der Gruppe SPD/Bündnis C eingebunden bin.

Für uns als Bündnis C-Kreisvorstand in Bad Essen geht es im Wesentlichen darum, Politik für Frieden und gute Beziehungen zu gestalten. Wenn Gott es erlaubt, würde ich die Gemeinderatsarbeit gerne fortsetzen. Das ist mein Gebet.

Hermann
Bohnenkamp

Kreisvorsitzender
Osnabrück Stadt
und Land



Gemeinsam eine starke Stimme werden

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland steht vor spürbaren Herausforderungen. Viele der Werte und Orientierungen, die über Jahrzehnte hinweg Stabilität, Vertrauen und Gemeinschaft getragen haben, verlieren zunehmend an Bedeutung. Diese Entwicklung wirft eine zentrale Frage auf: Auf welchem Fundament wollen wir unsere Zukunft gestalten?

Wir als Bündnis C – Christen für Deutschland sind überzeugt: Eine tragfähige Gesellschaft braucht mehr als kurzfristige politische Lösungen. Sie braucht ein belastbares Wertefundament. Nächstenliebe, Verantwortung, Wahrhaftigkeit und die Achtung der gottgegebenen Würde jedes Menschen sind für uns keine abstrakten Ideale, sondern konkrete Leitlinien politischen Handelns.

Unser gemeinsames Ziel ist dabei klar: Wir wollen als Bündnis C eine starke, tragfähige außerparlamentarische Stimme entwickeln. Eine Stimme, die Orientierung gibt, Debatten mitprägt und christlich fundierte Perspektiven wieder hörbar macht. Es geht uns nicht zuerst um Prozentzahlen, sondern darum, in die politische Willensbildung hineinzuwirken – durch Inhalte, durch Haltung und durch Präsenz.

Das „Wir“ ist entscheidend. Bündnis C lebt nicht von einzelnen Akteuren, sondern von der gemeinsamen Bewegung vieler, die Verantwortung übernehmen und bereit sind, ihren Beitrag zu leisten. Aus unseren Landesverbänden heraus, vor Ort, im persönlichen Umfeld und im digitalen Raum entsteht die Kraft, die unsere Inhalte sichtbar macht.

Gerade in der heutigen Medienlandschaft liegt hier eine große Chance. Politische Meinungsbildung findet längst nicht mehr nur in Parlamenten statt, sondern zunehmend in sozialen Netzwerken und im direkten Austausch zwischen Menschen. Genau hier können wir als Bündnis C wirksam werden. Konkret kann das bedeuten:

- Inhalte in sozialen Medien aktiv begleiten, teilen und verbreiten
- Beiträge kommentieren und so Sichtbarkeit und Reichweite erhöhen
- Eigene Netzwerke bewusst nutzen, um unsere Themen weiterzutragen
- Druckmaterialien weitergeben und Gespräche im persönlichen Umfeld anstoßen
- Vor Ort Präsenz zeigen und unsere Positionen in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen.

So können wir Hand in Hand aus vielen kleinen Aktionen eine starke Bewegung formen. Schritt für Schritt wächst dann eine Stimme, die gehört wird. Eine Stimme, die nicht von Zahlen lebt, sondern von Überzeugung, Klarheit und gemeinschaftlichem Handeln.

Wir wollen als Bündnis C unseren Beitrag leisten, dass Politik wieder stärker vom Menschen her gedacht wird – getragen von einem Werteverständnis, das verbindet und Orientierung gibt. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn wir den Weg mit vereinter Kraft unter die Füße nehmen. Jetzt ist die Zeit: Gemeinsam und mit Gottes Hilfe können wir unsere Stimme laut werden lassen.

*Gudrun Flindt,
Stellvertretende Landesvorsitzende Niedersachsen*

Nordrhein-Westfalen

Neuer Vorstand und Aufstellung für die Landtagswahl 2027: Mit frischem Mut und geeintem Team in die Zukunft

Im Frühjahr 2026 hat der Landesverband Nordrhein-Westfalen von Bündnis C – Christen für Deutschland wichtige Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Zwei zentrale Parteitage prägten die Entwicklung: der Landesparteitag am 28. März 2026 in Herten und die Aufstellungsversammlung im Mai 2026.

Landesparteitag in Herten: Neuer Vorstand und Beschluss zur Landtagswahl 2027

Am 28. März 2026 fand in den Räumen des Evangelischen Gebetsvereins in Herten der Landesparteitag als Mitgliederparteitag statt. Im Mittelpunkt stand die Neuwahl des Landesvorstands.



Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Jürgen Duah gewählt. Künftig wird er durch den bisherigen Landesvorsitzenden **Klaus-Jürgen Pütz** vertreten, der als Stellvertreter fungiert. Weitere Mitglieder des neuen Landesvorstandes sind Schatzmeisterin Corinna Pütz und Beisitzer Karl-Heinz Blümke.

Auf dem Parteitag beschloss der Landesverband einstimmig die **Teilnahme an der Landtagswahl 2027** in Nordrhein-Westfalen. Damit positioniert sich Bündnis C NRW klar als christliche Stimme im politischen Wettbewerb des größten Bundeslandes.

Aufstellungsversammlung im Mai 2026: Starkes achtköpfiges Team für die Landesliste

Mit reger Beteiligung und großer Einmütigkeit fand im Mai 2026 die Aufstellungsversammlung für die Landtagswahl statt. Die Mitglieder wählten insgesamt acht Kandidatinnen und Kandidaten auf die Landesliste.

Das gewählte Team vereint Erfahrung und frischen Elan und sendet ein klares Zeichen der Zuversicht und Geschlossenheit. Die positive Atmosphäre und die hohe Zustimmung zeigten: In der Partei wächst etwas Neues. Die Aufstellungsversammlung war weit mehr als eine reine Listenaufstellung – er war ein echter Aufbruch mit frischem Mut und geeintem Team.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte im Landesverband

Seither wird die Arbeit im Landesverband Nordrhein-Westfalen durch **intensive Netzwerkarbeit, politische Meinungsbildung** und den **Aufbau von Strukturen für christlichen politischen Nachwuchs** geprägt.

Der Landesverband baut auf einem breiten, engagierten Netzwerk aus Parteimitgliedern, Freunden und Unterstützern auf. Ziel ist es, christliche Werte, Vernunft und Weitblick in die politische Debatte einzubringen und Menschen zu befähigen, Verantwortung zu übernehmen.

Aufruf: Unterstützungsunterschriften sammeln für die Zulassung zur Landtagswahl

Wir sind bereits auf einem guten Weg – doch die Zulassung zur Landtagswahl 2027 gelingt nur durch eine gemeinsame, tatkräftige Anstrengung aller. Mitglieder, Freunde und Unterstützer sind herzlich aufgerufen, mit uns Unterstützungsunterschriften zu sammeln!

Jeder kennt in NRW Wahlberechtigte, die es begrüßen würden, wenn Bündnis C als christliche, wertebasierte

Alternative zur Wahl steht. Jede gesammelte Unterschrift stärkt unsere Stimme und bringt uns dem Ziel näher, Politik näher an die Menschen und an christliche Grundsätze heranzuführen.

Das Formular für die Unterschriften steht auf unserer Landesseite zum Download bereit und kann einfach ausgedruckt, ausgefüllt und an uns zurückgesendet werden. Helfen Sie mit: im persönlichen Umfeld, in der Gemeinde, im Freundeskreis oder bei Veranstaltungen!

Ausblick: Stark in den Wahlkampf 2027

Mit dem neuen Vorstand, der klaren Entscheidung zur Landtagswahl 2027 und einer starken Landesliste ist Bündnis C NRW gut aufgestellt. Der Landesverband geht mit großer Motivation und klarem Kurs in die kommenden Monate.

Wer sich angesprochen fühlt: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, sich anzuschließen – als Mitglied, Unterstützer oder aktiver Mitstreiter. Jede helfende Hand und jede Stimme zählt.

Bündnis C – Christen für Deutschland in Nordrhein-Westfalen steht für eine Politik, die in Verantwortung vor Gott den Menschen dient und sich für eine familienfreundliche, wertorientierte und zukunftsfähige Gesellschaft einsetzt.

Für Rückfragen oder weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Landesverband NRW über die offizielle Website nordrhein-westfalen.buendnis-c.de.



Jürgen Duah

Landesvorsitzender
Nordrhein-Westfalen

Hier finden Sie ein Interview mit Jürgen Duah im Podcast: <https://nordrhein-westfalen.buendnis-c.de/2026/03/30/landesparteitag-in-herten/>

Sachsen

Thementag „Christen in Wirtschaft und Politik“

Am 25. April 2026 haben wir als Sächsischer Landesverband von Bündnis C zu einem Thementag nach Lichtenstein/Sa. eingeladen. Ein herzliches Dankeschön an unsere Gastgeber! Wir konnten die großzügigen Räumlichkeiten im Christlichen Glaubenszentrum Lichtenstein nutzen. Mit unseren Gästen haben wir uns sehr wohl gefühlt und wurden von einem Mitarbeiter des GCL während des Thementages professionell technisch betreut.

Andreas Türpe, Pfr. i. R., Vorstand im Hoffnungswerk Vogtland e. V. und Beisitzer im Landesvorstand Sachsen von Bündnis C, begrüßte die Gäste und legte in der Andacht ganz aktuell Gottes Wort aus. **Thomas Lamowski**, Landesvorsitzender von Bündnis C Sachsen, schaute auf die Berufung von Bündnis C und die Geschichte der Vorgängerparteien PBC (Partei Bibel-treuer Christen) und AUF (Partei für Arbeit, Umwelt und Familie). Anschließend nahm er Bezug auf die aktuelle politische Situation in unserem Land und die sich daraus ergebende Daseinsberechtigung für Bündnis C – Christen für Deutschland.

Auf dem Thementag waren interessante und besondere Referenten zu erleben. Zum ersten Schwerpunkt „Wirtschaftspolitik unter Gottes Segen“ war **Fritz Wohlfarth**, Präsident der Internationalen Christlichen Handelskammer (ICCC <https://www.iccc.de/>) online zugeschaltet. Er präsentierte Überlegungen und Schlussfolgerungen, die vor Ort einen regen Meinungsaustausch bewirkten und uns sicher auch noch im Nachgang beschäftigen. Ein weiterer Referent war **Frieder Seidel**, Inhaber der conception SEIDEL OHG (<https://conception.de/>), der mit seinem Referat beide Themenschwerpunkte Wirtschaft und Politik abdeckte. Er ist bis heute als Unternehmer und Politiker aktiv und konnte Spannendes und Mutmachendes aus seinem Leben berichten. Kurz nach dem Thementag durfte er seinen 70. Geburtstag feiern und IDEA titelte dazu passenderweise: „Verleger, Helfer, Kommunalpolitiker“ (IDEA 20.2026 S. 27).

Zum Thema „Lokalpolitik als Chance für uns Christen“ vermittelte uns **Christian Rochlitzer**, Gemeindeältester im GCL, wichtige Einblicke in die Kommunalpolitik. Er war über mehrere Wahlperioden Stadtrat in Lichtenstein/Sa. und führte uns die Chancen und Herausforderungen als Christ in politischer Verantwortung vor Augen. Auch **Christine Widiger** konnte uns wertvolle



(von oben)
Andreas Türpe
Christine Widiger
Thomas Lamowski
Frieder Seidel
Christian Rochlitzer

Impulse für ein kommunalpolitisches Engagement weitergeben. Der Bogen reichte von der friedlichen Revolution über die Runden Tische der Wendezeit zu ihren langjährigen politischen Ehrenämtern als Kreistagsabgeordnete im Landkreis Weimar und beigeordnete Bürgermeisterin der Stadt Blankenhain bis in die Gegenwart als Beisitzerin im Bundesvorstand von Bündnis C.

Anschließend an den Thementag zeigten die Sächsischen Israelfreunde den Film „Wir sind noch nicht fertig“ (<https://www.zum-leben.de/aktuell/wir-sind-noch-nicht-fertig-der-film/>) über die jüdischen Siedler in Judäa und Samaria. Pfarrer i. R. **Heinz-Günter Ernst** führte kompetent in das Thema ein, moderierte und beantwortete im Nachgang Fragen.

Wir bedanken uns für diesen außergewöhnlichen Tag bei unserem dreieinen Gott, bei unseren Referenten, bei unseren teilweise bis aus Nachbarbundesländern angereisten Gästen und nicht zuletzt bei allen Helfern!



René Raunest

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Sachsen

Besuch im Shalom Restaurant in Chemnitz

Seit dem 15. März 2000 gibt es das Shalom Restaurant in Chemnitz. Auf der Internetseite (www.schalom-chemnitz.de) wird man zum Logo des Hauses mit dem Spruch begrüßt: „Zwei Gläser, welche aneinander klingend, nicht nur ein Symbol für Gastlichkeit sind, sondern auch unseren Davidstern ergeben“. Das Restaurant hat Sonnabend, Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 17.00 Uhr bis 22.00 Uhr geöffnet. Freitag ist Schabbat.

Der Landesvorstand Sachsen hatte schon 2025 die Idee, alle Interessierten des Landesverbandes zu einem gemeinsamen Restaurantbesuch zum gemütlichen Kennenlernen einzuladen. In diesem Jahr haben zehn Mitglieder zugesagt und am 27. Juni war es so weit. Der Kontakt zum Restaurantbetreiber Herrn Dziuballa war sehr freundlich und angenehm. Als unser Besuch näher rückte, kristallisierte sich heraus, dass es das heißeste Wochenende des Jahres mit 40 °C würde. Wir trafen uns bis auf eine Person trotzdem.

Das Restaurant ist wunderschön gestaltet und erinnert an die jüdische Vergangenheit in Chemnitz. Jede Speise, die wir wählten, war ein Genuss. Wir genossen die gemeinsamen Gespräche und dass wir uns als Teil des Landesvorstandes nicht nur im Zoom, sondern



persönlich sehen. Nach zweieinhalb Stunden koscherem Essen mit Dessert ging es wieder zurück in unsere Orte nach Schilbach im Vogtland, Leipzig, Dresden, Oberlungwitz und Hohenstein-Ernstthal.

Wir haben uns bereits jetzt vorgenommen, einen solchen Besuch in einem jüdischen Restaurant 2027 zu wiederholen. In einer Zeit, wo Juden in unserem Land wieder angegriffen werden, ist das auch ein Zeichen der Solidarität. Auch das Shalom Restaurant wurde bereits angegriffen und steht unter permanentem Polizeischutz. Seit dem Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 ist es ständigen Anfeindungen ausgesetzt. Herr Dziuballa und seine Familie wollen sich dennoch nicht einschüchtern lassen. Damit sie nicht aufgeben, brauchen sie unsere Unterstützung. Deshalb empfehlen wir unseren Parteikollegen unsere Idee zur Nachahmung.



Eva Vieweg

Landesschatz-
meisterin Sachsen

Hessen

Ergebnisse Kommunalwahl Fulda

Im Vorfeld der Kommunalwahlen in Hessen durfte Bündnis C in Fulda wertvolle Verstärkung begrüßen. Mit Jens Mierdel aus der Landkreisfraktion Christen für Osthessen und dem Fuldaer Stadtverordneten Jürgen Schmidt schlossen sich zwei erfahrene kommunalpolitische Mitstreiter unserem Team an. Ihre fachliche Kompetenz und ihr Engagement stärkten uns spürbar und rüsteten uns gut für die intensive Wahlkampfphase. In dieser motivierenden Atmosphäre entwickelten wir einen umfassenden Zehn-Punkte-Plan für Stadt und Landkreis Fulda, der unsere politischen Anliegen klar formuliert und eine verlässliche Grundlage für unsere zukünftige Arbeit bildet.

Die letzten sechs Wochen vor dem Wahltag waren geprägt von zahlreichen Straßeneinsätzen in Fulda und der umliegenden Region. Zahlreiche Bürger kamen mit uns ins Gespräch, informierten sich über unsere Positionen und suchten den offenen Austausch. Diese Begegnungen waren herzlich, konstruktiv und von einer großen Bereitschaft zum Dialog geprägt. Sie zeigten eindrucksvoll, wie wichtig und wertvoll politische Präsenz vor Ort ist und wie sehr sie das Vertrauen in demokratische Prozesse stärkt. Viele dieser Gespräche gaben uns Mut und Hoffnung und bestätigten, dass unser Engagement notwendig und sinnvoll ist.

Aus diesem intensiven Einsatz sind wir nun mit Ergebnissen hervorgegangen, die wir in den kommenden Tagen sorgfältig analysieren werden. **Wir dürfen mit Dankbarkeit festhalten, dass vier unserer Kandidaten ein Mandat errungen haben:**

In der Stadtverordnetenversammlung Fulda erhielt Bündnis C 14 785 Stimmen, was einem Anteil von 1,06 Prozent entspricht. Die Wiederwahl unseres Landesvorsitzenden Alain Kaffo in die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung stellt für uns ein wichtiges Zeichen der Bestätigung dar. In der Gemeinde Petersberg erreichte Bündnis C insgesamt 4 668 Stimmen und damit 1,77 Prozent. Die Wiederwahl von Dr. Norbert Höhl in die Gemeindevertretung Petersberg bestätigt die Wertschätzung für seine langjährige, zuverlässige Arbeit vor Ort. Auch Jens Mierdel wurde über die Blaue Offene Liste erneut in die Gemeindevertretung Neuhof gewählt, und Jürgen Krüer erhielt ein Mandat im Ortsbeirat Zirkenbach der Stadt Fulda.

Auch im Landkreis Fulda konnte Bündnis C mit 46 752 Stimmen und einem Stimmenanteil von 0,60 Prozent

achtbare Ergebnisse erzielen. Damit wird Bündnis C künftig aber nicht mehr im Kreistag Fulda vertreten sein. Ebenso blieb uns der Einzug in die Ortsbeiräte Marbach in der Gemeinde Petersberg und Niederkalbach in der Gemeinde Kalbach verwehrt. Darüber hinaus führte weder die Kandidatur von Holger Will in Kalbach noch jene von Alain Kaffo für den Ausländerbeirat der Stadt Fulda zum erhofften Erfolg. Diese Ergebnisse stellen Herausforderungen dar, die wir bewusst annehmen und in unsere zukünftigen Überlegungen einbeziehen werden. Sie sind Anlass zur Reflexion, nicht jedoch zur Resignation.

Sie erinnern uns daran, dass politisches Handeln Geduld und Zusammenhalt braucht und dass Trost und Einheit göttliche Gaben sind, die uns in Zeiten der Neuordnung tragen. Ebenso stärkt uns die Bitte aus Psalm 86,16: „Wende dich zu mir und sei mir gnädig; stärke deinen Knecht mit deiner Kraft!“ Diese Worte führen uns zurück zur inneren Haltung unseres Engagements – dass wir nicht aus eigener Kraft wirken, sondern im Vertrauen auf Gottes Führung.

Trotz mancher Ergebnisse, die unsere Mühen nicht vollständig widerspiegeln, bleiben wir voller Zuversicht. Wir sind überzeugt, dass in Fulda und der Region viele wichtige Samen gelegt wurden – politisch, gesellschaftlich und geistlich. Sie werden zu ihrer Zeit aufgehen. Besonders dankbar sind wir dafür, dass das Wort Gottes sichtbar und spürbar auf den Straßen unserer Stadt präsent war. Das ist heute keineswegs selbstverständlich und hat viele Menschen berührt.

Unser tiefer Dank gilt allen, die sich unermüdlich eingesetzt haben. Jede Begegnung, jeder Einsatz und jedes Gebet war wichtig und wertvoll. Wir sind gewiss, dass kein Einsatz vergeblich war und dass derjenige, der uns beauftragt hat, auch die Früchte schenken wird – im Sichtbaren wie im Unsichtbaren. Die gemeinsamen Tage des Wahlkampfes haben unser Team gestärkt und uns im Glauben, in der Hoffnung und im Miteinander fest verwurzelt.



Alain Kaffo

Landesvorsitzender
Hessen

Bayern

Beim Kirchentag auf dem Hesselberg

Auch in diesem Jahr durfte unser Landesverband Bayern am Pfingstmontag am Evangelischen Kirchentag auf dem Hesselberg teilnehmen. Der ursprünglich für uns vorgesehene Platz war bereits belegt. Doch am Ende erlebten wir echte Gunst: uns wurde einer der besten und sichtbarsten Plätze auf dem gesamten Gelände zugewiesen.



Wir führten viele gute und tiefgehende Gespräche und konnten zahlreiche Informationsmaterialien verteilen. Zusätzlich luden wir die Besucher zu einer Umfrage zum Thema **„Schulpflicht oder Bildungspflicht?“** ein. Dadurch entstanden interessante Gespräche und wir erhielten wertvolle Einblicke in die Stimmung und die Meinungen der Menschen in Bayern.

Aktuell gibt es zudem Überlegungen und erste Anfragen, am diesjährigen Buß- und Betttag eine Veranstaltung in München durchzuführen. Wir sind überzeugt: Gebet ist wichtig. Unser Wunsch ist es, Menschen und Politiker zu erreichen, ihre Anliegen kennenzulernen und ganz konkret für sie, unser Land und die politischen Entscheidungen zu beten.

Verena Thümmel
Landesschatzmeisterin Bayern



Hamburg

Der Landesverband Hamburg lädt zu einem Rhetorik Kurs ein:

Der andere Rhetorik Kurs: „Vom Meister lernen“
24.10.2026, 10 – 17 Uhr • Hamburg - Bramfeld

Unter Rhetorik wird heute die Überzeugungsfähigkeit in Wort und Schrift verstanden, oftmals mit modernen Begriffen versehen. Aristoteles (u. a.) verpackte diese Fähigkeit in drei Säulen: Ethos, Logos und Pathos. Bei diesem etwas anderen Rhetorik-Seminar lernen wir von einem Meister der Antike, von Jesus Christus.

Inhalt:

1. Authentizität: Wer bin ich? Was macht mich aus? Welche Werte vertrete ich? ...
2. Auftreten: Kleiderordnung? Körperpflege? Verhalten? ...
3. Story-Telling: Wozu Geschichten erzählen? Wie finde ich die passende Geschichte? Rede halten vs. Rede schreiben? ...
4. Rhetorik-Regeln (nach Dale Carnegie): Ist wirklich alles erlaubt was gefällt? Beeinflussung oder Manipulation?

Referent: Rainer Secker (geb. 1971)
Arbeitstrainer, Freier Redner, Pastor a. D.

Bitte melden Sie sich an, der konkrete Veranstaltungsort wird nach der Anmeldung bekannt gegeben.

Anmeldung, Infos und Kontakt: Sonja Koschinsky

E-Mail: sonja.koschinsky@buendnis-c.de

Der Kurs kostet 49 €, darin ist die Verpflegung mit enthalten.



Gelbe Karte für den Journalismus

Am Sonntag, dem 14. Juni 2026, bestritt Deutschland sein erstes WM-Spiel gegen Curaçao und gewann souverän mit 7:1. Damit machte die Mannschaft einen großen Schritt in Richtung des Sechzehntelfinales.

Nach dem Spiel kam es zu einer schönen Szene: Einige Spieler aus Curaçao sowie die deutschen Nationalspieler Felix Nmecha und Jonathan Tah kamen zusammen, um gemeinsam zu beten und Gott für das Spiel zu danken. Eine friedliche und respektvolle Geste, die eigentlich ein positives Echo verdient hätte.

Doch statt über das starke Spiel von Felix Nmecha zu sprechen, der sein erstes WM-Tor für Deutschland erzielte und zudem einen Elfmeter herausholte, konzentrierten sich Teile der deutschen Medien einmal mehr auf die Suche nach einem Skandal. Das gemeinsame Gebet wurde problematisiert und Nmecha erneut zur Zielscheibe gemacht.

Als Begründung wurden frühere Äußerungen und Aktivitäten des Spielers herangezogen. Unter anderem wurde ihm vorgehalten, dass er des von Linksextremen ermordeten Charlie Kirk gedacht oder Bücher gelesen hat, die manchen Journalisten missfallen. Dass die Spieler aus Curaçao selbst regelmäßig vor und nach Spielen beten und es wahrscheinlich deshalb zum Gebet auf dem Platz kam, wurde dabei weitgehend ignoriert.

Der Eindruck drängt sich auf, dass es vielen Redaktionen längst nicht mehr um objektive Berichterstattung



geht. Statt sportliche Leistungen oder eine friedliche religiöse Geste zu würdigen, wird krampfhaft nach Aufregern gesucht. Sobald sich ein gläubiger Christ öffentlich zu seinem Glauben bekennt, scheint für manche Medien bereits der nächste Skandal gefunden zu sein.

Journalismus sollte informieren, einordnen und unterschiedliche Perspektiven darstellen. Wer jedoch harmlose Gebete skandalisiert und religiöse Überzeugungen zum Problem erklärt, verlässt diesen Auftrag und betreibt Aktivismus statt Berichterstattung.

Kurzstatement 19.07.2026

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!



<https://buendnis-c.de/>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

Was die Wirtschaft jetzt braucht

Wer Unternehmen entlasten will, muss ihnen weniger Bürokratie aufbürden. Deutschland leidet an einem Übermaß an Dokumentationspflichten, Berichtslasten und bürokratischer Doppelarbeit, die Tag für Tag Arbeitszeit verschlingt, ohne einen einzigen Euro Wertschöpfung zu generieren. Betriebe brauchen Luft zum Atmen durch echten Bürokratieabbau. Dass dies endlich in Teilen verstanden wird, zeigen die aktuellen Debatten in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, wo Berichtspflichten auf Landesebene demnächst mit einem festen Ablaufdatum versehen werden sollen.

Die Wirtschaft begrüßt diesen Schritt ausdrücklich, wenn es zunächst auch nur um landesseitige Entlastung geht. Der Bund kommt bei der angekündigten Entbürokratisierung bislang nur schleppend voran, obwohl der Druck in der Wirtschaft konstant steigt und viele Betriebe in immer prekärere Lagen geraten.

Jede Berichtspflicht bindet Zeit, Personal und Kapital. Wertschöpfung entsteht dabei jedoch nicht. Besonders hart trifft das aufgrund der dünneren Personaldecke und weniger Kapitalrücklagen kleine und mittlere Betriebe. Nach Angaben der NRW-Landesregierung wendet ein durchschnittlicher Handwerksbetrieb monatlich rund 32 Stunden allein für bürokratische Aufgaben auf – von der Arbeitszeiterfassung bis hin zu diversen Dokumentationspflichten. Das ist nicht nur ein Randproblem, sondern ein handfester Produktivitätsverlust, der sich in der Gesamtwirtschaft aufsummiert.

Erfreulich ist, dass einzelne Länder inzwischen strukturelle Mechanismen einführen. NRW hat Anfang Mai ein Gesetzespaket beschlossen, dass ab Januar 2027 grundsätzlich alle landesseitigen Berichts- und Dokumentationspflichten abschafft, sofern deren Fortbestand nicht ausdrücklich begründet wird. Damit geht eine Umkehr der Beweislast einher: Nicht der Abbau von Bürokratie muss argumentiert werden, sondern ihr Fortbestehen.

Baden-Württemberg verfolgt einen vergleichbaren Ansatz mit einem auf Entlastung ausgerichteten Regulierungsmodell. Auch Niedersachsen hat ein umfangreiches Abbaupaket auf den Weg gebracht. Das politisch Bedeutsame daran: Die Länder beweisen, dass solche Reformen keine Wunschvorstellungen sind, sondern sich praktisch vorbereiten und umsetzen lassen, wenn denn der politische Wille besteht.



Auf Bundesebene hat die Bundesregierung dem Bundestag im November 2025 einen Bericht zum Bürokratierückbau vorgelegt und verweist auf Entlastungswirkungen in Milliardenhöhe: Abbau einzelner Berichtspflichten, beschleunigte Verfahren, weitere Digitalisierung. Das ist ein richtiger Ansatz, aber es bleibt ein Bündel von Einzelmaßnahmen – kein Systemwechsel. Genau da liegt das politische Defizit: Der Bund verwaltet das Thema, anstatt es entschlossen zu führen. Was auf Landesebene bereits als echte Reform formuliert wird, steckt auf Bundesebene noch in der Logik des schrittweisen Nachbesserns fest. Für Unternehmen reicht das bei weitem nicht aus. Sie brauchen spürbare Entlastung im Alltag.

Auf europäischer Ebene geht der sogenannte EU-Omnibus das Thema an. Hinter dem sperrigen Begriff verbirgt sich ein Sammelverfahren, mit dem mehrere EU-Rechtsakte gleichzeitig angepasst werden, um Berichterstattungspflichten, Schwellenwerte und Fristen zu vereinfachen. Besonders relevant ist dies im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung, also bei CSRD, CSDDD und EU-Taxonomie. Konkret verändert sich damit einiges: Weniger Unternehmen müssen überhaupt berichten. Fristen werden verschoben, der Umfang der Pflichtangaben reduziert. Der Omnibus zeigt, dass auch auf EU-Ebene nichts in Stein gemeißelt ist. Wenn Deutschland politisch Druck aufbaut – so wie es in anderen Politikfeldern bereits gelungen ist

–, lässt sich europäisches Recht im Sinne wirtschaftlicher Vernunft gestalten.

Einmaliger Abbau allein reicht aber nicht aus. Wer sicherstellen will, dass neue Pflichten nicht zur erneuten Dauerlast werden, braucht strukturelle Sicherungen. Sunset-Clauses sind genau das: Sie legen fest, dass Berichtspflichten nach einer definierten Frist automatisch auslaufen – es sei denn, ihre Notwendigkeit wird erneut und belastbar nachgewiesen.

Das ist mehr als Symbolpolitik. Es würde verhindern, dass Ausnahmen zur Regel werden und einst temporäre Pflichten sich als dauerhafte Belastung verselbständigen. Die Kombination wäre ein starker Ansatz, wenn NRW und Baden-Württemberg den ersten Befreiungsschlag führen und Ablaufklauseln dafür sorgen, dass er nicht nach wenigen Jahren durch sich anhäufende neue Pflichten wieder unterlaufen wird. So kann ein nachhaltiger Entlastungsmechanismus entstehen.

Bündnis C appelliert an die Bundesregierung, mit den Ländern zusammenzuarbeiten und zügig vom Diskutieren ins Handeln zu kommen. Wer die Entlastung von Unternehmen weiter verschleppt, verliert Betriebe,

Arbeitsplätze und Innovationskraft. Kleine und mittlere Unternehmen sind von jeher das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Wenn sie durch Insolvenzen zunehmend wegbrechen, ist das ein irreversibler Verlust.

Die deutsche Wirtschaft braucht konsequenten Bürokratieabbau, einen verbindlichen Prüf- und Sunset-Mechanismus für neue Pflichten und einen entschlossenen deutschen Vorstoß auf EU-Ebene. Deutschland steht mit der größten Volkswirtschaft Europas in der Verantwortung, diesen Befreiungsschlag zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes und Europas anzuführen.

Gudrun Flindt

Beisitzerin
Bundesvorstand



Ressourcen aktivieren statt Sparprogramm

Das „Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)“ wurde in der letzten Sitzung des Bundestages vor der Sommerpause beschlossen und durch den Bundesrat gebracht. Die Regierungskoalition hat sich außerdem auf ein Reformpaket mit Steuerentlastungen, zu Arbeit und Entbürokratisierung geeinigt und will die Empfehlungen der Rentenkommission umsetzen. Bei den Reformen handelt es sich im Kern um Sparpakete, um die Defizite der Sozialkassen auszugleichen und den Bundeshaushalt zu sanieren.

Bündnis C – Christen für Deutschland mahnt, dass die nötige strukturelle Transformation des Landes eine ressourcenorientierte Standortstrategie erfordert, die die Fähigkeiten Deutschlands und Subsidiarität stärkt und damit Staatsausgaben und Überregulierung konsequent reduziert.

Das Krankenkassengesetz soll vor allem die jährlich 14,5 Milliarden Bundeszuschüsse für die GKV abbauen. Ein Entwurf zur Reform der Pflegeversicherung soll verhindern, dass immer mehr Pflegebedürftige in der Sozialhilfe landen. Sozial- und Ärzteverbände sehen durch die Reform die Existenz von Krankenhäusern, Rettungsdiensten und die flächendeckende Versorgung gefährdet. Hausärzte müssen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr Patienten versorgen und kündigen wegen der Einschnitte in der Finanzierung die Kürzung ihrer Leistungen an.

Die Regierungskoalition hat außerdem ein Reformpaket zu Einkommenssteuer, Arbeitsmarkt, Subventionen und Bürokratieabbau angekündigt und will die Rentenreform bis Ende 2026 im Bundestag verabschieden. Mit insgesamt 34 Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt, Bürokratie zurückgebaut, der Sozialstaat erhalten und Steuern

gesenkt werden. Auch dabei geht es vor allem darum, die größer werdende Lücke im Bundeshaushalt zu schließen. Ausgabenkürzungen, der Abbau von Subventionen und Privilegien sollen Handlungsspielraum für dringend notwendige Investitionen zu schaffen.

Senkung der Ausgaben ist jedoch die Quadratur des Kreises, wenn die Wirtschaft nicht konsequent entlastet wird und deshalb die Steuereinnahmen weiter sinken. Fehlende Fachkräfte, zu hohe Steuern und Sozialabgaben, Energiepreise und staatliche Überregulierung zwingen immer mehr Unternehmen zum Abbau von Arbeitsplätzen und weniger Investitionen. Bisherige Maßnahmen, auf die sich die Regierungspartner einigen konnten, verwalten mehr den Status quo, als dass sie Perspektiven vermitteln. Arbeitgeberverbände begrüßen erste Ansätze zur Deregulierung im nun vorgelegten Reformpaket der Regierung. Inwieweit diese eine Wirkung zur Erholung vor allem der Industrie entfalten, muss sich zeigen. Entsprechend drängen Wirtschaftsvertreter auf schnelle Beschlüsse, um Planungssicherheit für den Herbst zu haben.

Als Bündnis C - Christen für Deutschland mahnen wir an, dass notwendige Reformen nie nur unter dem Aspekt der Kostenreduzierung gesehen werden dürfen. Die demografische Krise macht Einschnitte in den Sozialstaat unumgänglich. Die alleinige Anpassung der staatlichen Leistungen an eine schrumpfende Wirtschaftskraft und zurückgehende Steuereinnahmen mobilisieren aber keine Kreativität und schaffen keine Perspektive.

Die Gesundheits- und Pflegereform belastet eher die Einkommensschwächeren und vor allem Familien durch die Einschränkung der Mitversicherung von Ehepartnern und die Beschneidung von Leistungen für pflegende Angehörige. Die geplante Erhöhung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes gleicht dagegen bestenfalls die Inflation aus. Wer die Kosten für den Sozialstaat senken will, muss aber das Subsidiaritätsprinzip und dabei vor allem die Sozialverantwortung der Familien stärken und fördern. Statt einer geplanten staatlichen Wohnungsbaugesellschaft zum



Beispiel müssen zuerst ruinöse Bauvorschriften fallen, damit Bauen und Wohneigentum für Familien wieder bezahlbar ist und sie nicht von steigenden Mieten immer mehr in ihrem Lebensraum beschränkt werden.

Die Wirtschaft braucht vor allem Konstanz statt ständig wechselnder politischer Vorgaben, eine Energie- und Klimapolitik, die die deutsche und europäische Wirtschaft von ausufernden Kosten und Vorgaben befreit, und umfassenden Bürokratieabbau. Dafür muss die Bundesregierung zuerst in Brüssel sorgen. Statt der alleinigen Fixierung auf Einsparungen und Haushalt braucht Deutschland eine ressourcenorientierte Standortstrategie mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen, die dem Land in der nötigen Transformation zu Resilienz verhilft, indem sie die Fähigkeiten Deutschlands aktiviert und neue schöpferische Kräfte freigesetzt.

Mögen in der vor uns liegenden sitzungsfreien Zeit neue Gedanken und Ideen für die Gesundung Deutschlands reifen und in der weiteren Diskussion der Gesetzesentwürfe im Herbst Gehör finden. Wo ideologische Kurzsichtigkeit Deutschland in scheinbar ausweglose Zwangslagen gebracht hat, gibt es Wege für eine Transformation, die wieder unsere Verantwortung vor Gott und den Menschen ins Zentrum stellt. Wir wünschen unseren Regierenden und den Abgeordneten eine erholsame, stärkende Sommerpause.

Pressemitteilung 15.07.2026

Ehegattensplitting und Mitversicherung: Für eine solidarische Gesellschaft

Die Bundesregierung plant, Ehegattensplitting und Mitversicherung von Ehepartnern abzuschaffen. Dahinter steht ein Gesellschaftsmodell autonomer Individuen, das grundlegende Ordnungsprinzipien einer solidarischen Gesellschaft verlässt, Familien schwächt und ausbeutet. Bündnis C – Christen für Deutschland mahnt, dass es ohne Familien weder Staat noch Gesellschaft gibt. Der Staat ist für die Familie da und laut Grundgesetz verpflichtet, Familien zu schützen und zu stärken.

Wirtschaftsgemeinschaft unter dem Schutz des Grundgesetzes

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft (Artikel 6 Grundgesetz). Allein die verfassungsrechtliche Begründung sollte ausreichen, Ehegattensplitting und die beitragsfreie Krankenversicherung von Ehepartnern ohne Einkommen zu stützen.

Das Ehegattensplitting trägt der ehelichen Wirtschaftsgemeinschaft Rechnung, indem es nicht die Individuen, sondern die wirtschaftliche Einheit der Familie besteuert. Das Bundesverfassungsgericht hat die gemeinsame Veranlagung von Ehepaaren inklusive Splitting wiederholt als sachgerechte Besteuerung bestätigt. Der Deutsche Familienverband (DFV) sieht die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung denn auch als direkten Angriff auf die verfassungsgemäße Besteuerung von Ehepaaren mittels einer massiven Steuererhöhung um mehrere tausend Euro im Jahr für Familien mit ungleicher Einkommensverteilung.

Ebenso ist die beitragsfreie Mitversicherung eines Ehepartners ohne eigenes Einkommen ein zentrales Element des Solidarsystems unserer Gesellschaft. Eine Beitragspflicht für bisher mitversicherte Ehepartner würde grundlegende ordnungspolitische Prinzipien wie Subsidiarität, Solidarität und soziale Gerechtigkeit aushebeln. Sie schädigt vor allem Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen, während Besserverdienende in die private Krankenversicherung abwandern werden. Die beitragsfreie Familienversicherung ist ein bewährtes Solidarinstrument des Gesundheitswesens. Sie stärkt die gesellschaftliche Stabilität und bindet Familien in die gemeinsame Verantwortung der Gesellschaft für Gesundheit und Pflege ein.

„Das Eherecht“ vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

1.2 Die eheliche Lebensgemeinschaft

Die Ehe wird auf Lebenszeit geschlossen (§ 1353 Bürgerliches Gesetzbuch – BGB). Mit der Eheschließung verpflichten sich die Eheleute zur ehelichen Lebensgemeinschaft und tragen füreinander Verantwortung. Darunter wird verstanden, dass beide voneinander Treue, Achtung, Rücksicht, Beistand und häusliche Gemeinschaft verlangen können.

Die konkrete Ausgestaltung der Ehe ist allein Sache der Eheleute. Das Gesetz gibt jedoch einige Grundregeln vor. So werden im Eherecht unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung der Ehegatten unter anderem folgende Bereiche geregelt:

- Ehenamen,
- Familienunterhalt und Haushaltsführung,
- Eheliches Güterrecht.

Nach einer Eheschließung gelten also für die Eheleute automatisch bestimmte rechtliche Regelungen, auch wenn die Eheleute keinen Ehevertrag geschlossen haben.

Ehe und Familie gehen dem Staat voraus

In unserem vom christlichen Menschenbild begründeten Gesellschaftsmodell wird der Mensch als Beziehungswesen verstanden, auf Gott und seine Mitmenschen hin geschaffen, angewiesen auf Ergänzung und in Verantwortung für seine Nächsten gestellt. Wir sind weder autonome Individuen wie im Liberalismus noch Objekte in einem staatlichen Machtsystem wie im Sozialismus.

In diesem Verständnis des Menschen handelt es sich bei der Ehe nicht um zwei Einzelpersonen, sondern um eine auch **wirtschaftliche Gemeinschaft, bei der die Partner staatliche Vergünstigungen erhalten, weil sie für die Gesellschaft unentbehrliche Pflichten übernehmen**, damit gesellschaftliche Strukturen stabilisieren und die sozialen Sicherungssysteme entlasten.

Die Familie ist als häusliche Gemeinschaft älter als jegliches andere Gemeinwesen und hat unabhängig vom Staat ihre innewohnende Rechte und Pflichten. Ebenso bestehen das persönliche Besitzrecht und das Eigentum von Familien als Naturrecht lange vor dem Staat und dürfen nicht von diesem vereinnahmt werden. Die Familie hat Vorrang vor Staat und Gesellschaft, weil es beides ohne sie und ohne Kinder nicht gäbe, die deren Fortbestand sichern. Deshalb ist der Staat politisch für die Familie da, und nicht umgekehrt die Familie zur Ausbeutung durch den Staat und die Wirtschaft. Familie muss als die Keimzelle jeder Gesellschaft gepflegt werden, statt als Pool von Humankapital oder Arbeitskraft verzweckt zu werden.

Demografie wenden statt kurzsichtiger Wirtschaftszwecke

Die Zielrichtung der beabsichtigten Reformen ist klar: Mütter sollen möglichst Vollzeit arbeiten, um Wirtschaftswachstum zu generieren, Steuern und Sozialabgaben zu zahlen. Das ideologische Primat falsch verstandener Gleichstellung will außerdem Vollzeitmütter abschaffen, missachtet damit Familienarbeit, Kindererziehung, die Pflege Angehöriger und ehrenamtliche Arbeit – und destabilisiert damit weiter Familien und überlastete Sozialsysteme.

Die SPD betreibt schon immer die marxistische Maxime, Familienarbeit dem Staat zu überantworten. Wo Ehepartner das nicht wollen, sollen sie wenigstens gezwungen werden, diese gendergleich aufzuteilen – was den Staat absolut nichts angeht. Unter



CDU-Politik war die Maxime, dass ein Verdienender ausreichenden Lohn für den Lebensunterhalt seiner Familie erwirtschaftet. Wenn jetzt Mütter wenigstens außer Haus arbeiten sollen, wenn das jüngste Kind sechs Jahre alt ist, klingt das nur scheinbar konservativ. Tatsächlich ist es ein unzulässiger Übergriff auf die Wahlfreiheit der Ehepartner und bestraft vor allem Mehrkindfamilien, die deutlich mehr Investition an Arbeit und Zeit brauchen.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die beabsichtigten Reformen ein weiterer Sargnagel auf die Geburtenrate, für die mit umfassenden familienpolitischen Unterstützungsmaßnahmen eine drastische Erhöhung angestrebt werden müsste, weil sie der einzige Ausweg aus der demografischen Krise der Industrienationen ist. **Unsere Wirtschaft werden nicht Mütter ankurbeln, die notgedrungen einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen, sondern eine leistungsfähige junge Generation, die in gesunden Familien herangezogen wird**, von Eltern, die in Freiheit und gegenseitiger Verantwortung füreinander und für ihre Kinder da sind – und nicht für den Staat.

Bündnis C – Christen für Deutschland strebt die **Unterstützung von Eltern mit einem Erziehungsgehalt** an, damit Familien ihrer unveräußerlichen Sozialverantwortung nachkommen können und der Sozialstaat subsidiär entlastet und konsolidiert wird.

Pressemitteilung 17. 04. 2026

Das iranische Volk nicht aufgeben

Wir verfolgen die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten mit Sorge und einem Bewusstsein für die Folgen von Krieg, Vertreibung, Unsicherheit und politischer Macht. Der Iran ist weiterhin ein einflussreicher Akteur in den regionalen und internationalen Machtverhältnissen. In den bisher ergebnislosen Verhandlungen um die Straße von Hormus und das Atomprogramm des Iran gerät die Lage der iranischen Bevölkerung zunehmend aus dem Blickfeld.

Wenn das Ziel des militärischen und politischen Drucks durch die USA und Israel darin bestand, das Regime in Teheran entscheidend zu schwächen, um es als Bedrohung für Israel und die Region auszuschalten, dann wurden diese Ziele zumindest nicht vollständig erreicht. Im Gegenteil beeinträchtigt dieser Krieg die Weltwirtschaft, Energiesicherheit, internationale Handelswege und die Stabilität globaler Märkte. Die Bedeutung der Straße von Hormus macht deutlich, dass der Iran und seine geopolitische Macht nicht ignoriert werden kann.



Menschenrechte vor Machtinteressen

Gleichzeitig haben diese Ereignisse eine schmerzhaft Wahrheit sichtbar gemacht: Die Welt und besonders Europa sprechen viel über Menschenrechte, handeln jedoch oft sehr zurückhaltend, selektiv oder interessegeleitet, wenn es um deren konkrete Verteidigung geht. Menschenrechte, Menschenwürde und Gerechtigkeit werden häufig dann zweitrangig, wenn politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen großer Mächte berührt werden. Auch die Vereinten Nationen und viele internationale Menschenrechtsinstitutionen besitzen keine wirkliche Macht, um Kriege zu verhindern, Zivilisten zu schützen oder Gerechtigkeit durchzusetzen, sondern wirken eher wie verwaltende und konsumierende Institutionen.

Während der Krieg der USA und Israels gegen den Iran zwischen einem brüchigen Waffenstillstand und ergebnislosen Verhandlungen feststeckt, gerät die prekäre Lebenssituation der iranischen Bevölkerung immer mehr aus dem Blick der internationalen Aufmerksamkeit. Viele Iraner sind nach wie vor vom Internet abgeschnitten, gezielter Überwachung und digitaler Kontrolle ausgesetzt. Die wirtschaftliche Situation hat sich dramatisch verschlechtert und der Rial massiv an Wert verloren. Verschärfte Repression und Hinrichtungen verstärken das Klima der Angst und lassen viele Iraner resignieren, die gehofft hatten, dass der Krieg zum Sturz des Regimes führen wird. Angesichts der aussichtslosen Situation erwägen immer mehr, das Land zu verlassen.

Keine Kompromisse mit dem islamistischen Regime!

In der internationalen Debatte spielt die jahrzehntelange Brutalität des islamistischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung und die blutige Niederschlagung der Proteste im Januar immer weniger eine Rolle. Aufgrund der wirtschaftlichen und energiepolitischen Abhängigkeiten versucht man wieder, sich mit dem Regime zu arrangieren – so wie die westliche Appeasement-Politik bereits seit Jahrzehnten dem Regime den Rücken gestärkt und mit dafür gesorgt hat, dass viele Iraner das Land verlassen mussten.



Das eigentliche Kriegsziel Israels, das iranische Atomprogramm zu beenden, wird damit ebenfalls untergraben, weil, solange das Regime existiert, sein politischer Wille zur Entwicklung von Atomwaffen besteht und es das Atomprogramm wieder aufbauen wird. Nachdem das Regime und vor allem die Revolutionsgarden wochenlange Angriffe überlebt haben, nutzt es den aktuellen Schwebezustand, um den Atomkonflikt auszusitzen und die Sanktionen zu umgehen. Deshalb lehnt Israel Verhandlungen mit Teheran wie bisher ab.

Flüchtlinge besser schützen

Viele Iraner leben seit Jahren im Exil, in Drittstaaten, getrennt von Familie, Heimat und Zukunft, und würden gern in ihr Land zurückkehren. Im Ausland warten sie oft jahrelang auf Aufenthalt, Schutz oder eine Entscheidung über ihren Asylantrag. Ihre Stimmen, ihre Ängste, ihre Traumata und ihre Lebensrealitäten werden in den großen politischen Debatten häufig übersehen. Menschen, die zwischen Grenzen, Behörden, Unsicherheit und Hoffnung leben, werden oft auf Zahlen, Akten oder Statistiken reduziert. Doch hinter jedem dieser Schicksale steht ein Mensch, eine Familie, eine Geschichte und ein Schmerz, der nicht einfach ignoriert werden darf.

In den Debatten von militärischer Macht, wirtschaftlichen Interessen und geopolitischen Strategien muss sich unsere Politik und Gesellschaft auch daran messen lassen, wie sie mit den Schwächsten, den Vertrie-

benen, den Flüchtlingen, den Wartenden und den Vergessenen umgeht. Wenn Menschenrechte nur dann verteidigt werden, wenn es politisch bequem ist, verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit. Wenn internationale Institutionen nur beobachten, berichten und verwalten, aber nicht wirksam schützen können, dann verlieren sie ihre moralische Autorität.

Als Bündnis C – Christen für Deutschland mahnen wir, dass der

wahre Sieg niemals allein in militärischer Standhaftigkeit oder politischem Überleben liegen darf. Ein wirklicher Sieg entsteht erst dort, wo die Würde des Menschen geschützt wird, wo Familien nicht durch Krieg und Flucht zerstört werden, wo Menschen nicht jahrelang in Unsicherheit leben müssen und wo Frieden, Gerechtigkeit und Dialog stärker sind als Gewalt, Angst und Machtpolitik.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren außenpolitischen Umgang mit Teheran nicht nur an unseren Wirtschaftsinteressen, sondern an dessen Umgang mit der eigenen Bevölkerung auszurichten, und Israel in der andauernden Bedrohung durch den Iran zu unterstützen. Innenpolitisch sind wir gefordert, iranischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren, insbesondere Christen und Oppositionellen, die erneut und härter als zuvor verfolgt werden und mit dem Tod bedroht sind.

Mohsen
Kornelsen

Beisitzer
Bundesvorstand



Noch kein Frieden für Israel

Die Absichtserklärung zwischen den USA und dem Iran war kein Friedensabkommen. Die Vereinbarungen für die Öffnung der Straße von Hormus scheiterten nach nur drei Wochen. Israels wichtigste Bedingung, dass das Atomprogramm des Iran beendet wird, spielte eine nachgeordnete Rolle und die Bedrohung durch das Raketenprogramm gar keine, ebenso wenig Irans Stellvertretermilizen. Dafür sollten die Sanktionen gelockert und dem Iran ohne Vorleistungen ein Investitionsrahmen von 300 Milliarden Dollar eingeräumt werden. Die Sicherheit Israels wurde dabei zur Verhandlungsmasse und die USA als wichtigster Bündnispartner zu seinem Gegner.

Ein Faktor für das Scheitern des Memorandums ist das Rahmenabkommen Israels mit der libanesischen Regierung, das den Einfluss des Iran auf die libanesische Front abschneidet. Wo der Iran die Hisbollah weiter für stellvertretende Eskalationen gegen Israel gebrauchen wollte, vereinbart das Abkommen die Entwaffnung der Hisbollah durch die libanesische Armee als Bedingung für den Rückzug Israels aus dem Südlibanon. Auch wenn die Hisbollah dagegen Widerstand bis hin zum Bürgerkrieg ankündigt und neue Angriffe auf den Norden Israels vorbereitet, liegt damit zum ersten Mal ein Abkommen mit der libanesischen Regierung auf dem Tisch, das den Weg zu einem Friedensvertrag mit Israel ebnen kann. Unter amerikanischer Vermittlung laufen nun Gespräche zwischen Israel und dem Libanon über die Umsetzung.

Umso mehr ist jetzt vonseiten Deutschlands und Europas Unterstützung für dieses Abkommen gefordert gegen alle Drohungen des Iran und seiner Stellvertreter und gegen den Druck der US-Regierung auf Israel, sich aus Syrien und dem Libanon zurückzuziehen und damit seine Sicherheitszonen an den Nordgrenzen aufzugeben. Auch und gerade angesichts wieder explodierender Ölpreise nach den erneuten Angriffen der USA auf den Iran wird die Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson zum Ernstfall. Die deutsche Politik ist gefragt, mit allen diplomatischen Mitteln Israel zur Seite zu stehen und dessen Sicherheit nicht den eigenen Wirtschaftsinteressen zu opfern.

Der folgende Beitrag wurde nach der Absichtserklärung zwischen den USA und dem Iran Mitte Juni 2026 verfasst.

Vom Freund zum Vormund

US-Präsident Trump verlegte in seiner ersten Amtszeit die amerikanische Botschaft nach Jerusalem. Er vermittelte mehrere der Abraham-Abkommen und setzte die Sanktionen aus dem von Obama verhandelten Atomabkommen wieder ein, das der Iran von Anfang an unterlaufen hatte. Er erzielte einen Durchbruch zur Freilassung der letzten Geiseln aus den Terrortunneln der Hamas.

Der damit verbundene 12-Punkte-Plan für den Gaza-Streifen war gleichzeitig der Beginn der Absichtserklärungen mit Irans Proxys. Derselbe Präsident, der mit Israel zusammen dem Mullah-Regime in Teheran ein Ende machen wollte mit den Angriffen seit Ende Februar, verhandelt nun mit diesem Regime über einen Ausstieg aus den Folgen. Wohl wissend, dass der Iran kein Verhandlungspartner ist, dem man auf irgendeine Weise trauen könnte, wiederholt er die Fehler der Vergangenheit. Sanktionen werden gelockert allein auf iranische Lippenbekenntnisse hin. Scheinversprechen verschleiern die Kapitulation eines Zweckbündnisses der USA mit arabischen Partnern, die die iranische Bedrohung im Nahen Osten beenden wollten. Der militärische Erfolg Israels und der USA im Iran droht in eine diplomatische Niederlage verwandelt zu werden.

Kapitulation statt Frieden

Die Straße von Hormus wurde zum Druckmittel mittels Ölpreisen und Verknappung. Trump kann den Konflikt politisch nicht länger aufrechterhalten und in den USA den Krieg nicht mehr rechtfertigen. Die vollständige Demontage der iranischen Atom-, Raketen- und Terrorstruktur ist nicht mehr erstes Interesse. Damit wird die Sicherheit Israels auf dem Altar der Ölmärkte, amerikanischer, arabischer und globaler Interessen geopfert.

Das iranische Regime geht aus der Eskalation scheinbar gestärkt hervor. Zerstörung im Land, Rückschläge seines Atomprogramms, der Verlust seiner Führungsspitze und tausender Menschenleben sind keine Kriterien für eine Niederlage in einer Terror-Ideologie. Teherans Bürgermeister Ali Reza Zakani sagte Berichten zufolge: "Unser Krieg mit Amerika geht weiter und en-



det nicht mit der Absichtserklärung. Unser Krieg mit Amerika ist ein existenzieller Krieg. Die Islamische Revolution im Iran untergrub die strukturelle Ordnung, die Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete.“¹

Teheran strebt keine seriösen Verhandlungen an, sondern nutzt sie, um Zeit und Geld herauszuschlagen, um seine Kapazitäten und seine Stellvertreter um Israel herum wieder aufzubauen und die Straße von Hormus weiter als Druckmittel haben. Der von den USA in Aussicht gestellte Investitionsrahmens von \$ 300 Milliarden zeigt dem Regime und seinen Proxys, dass Eskalation ungeachtet der Opfer sich lohnt. Gewinner ist das Wirtschaftsimperium der Revolutionsgarden, die Ölindustrie, Bau, Schifffahrt, Logistik und Telekommunikation kontrollieren und nun erneut an gelockerten Sanktionen verdienen.

Der Libanon als machtpolitischer Joker

Wenn das Geld nicht fließt, wie erwartet, dient die Hisbollah als willkommener Stellvertreter für Irans Aggressionen gegen Israel. Der Iran benutzt die Hisbollah für weitere Eskalationen, um die USA gegen Israel zu erpressen und die libanesische Front zu beeinflussen. Wenn Israel auf Angriffe aus dem Libanon reagiert, wird es zum Störenfried der Vereinbarung. Israel soll die Kontrolle im Südlibanon unter amerikanischer Überwachung an die libanesische Armee übergeben, steht unter amerikanischem Vorbehalt und kann nicht mehr frei zu seiner Sicherheit agieren.

Koalition aus Freunden und Feinden

Der Iran ist als Atommacht nicht gebrochen. China und Russland profitieren von geschwächter amerikanischer Autorität. Die Türkei profiliert sich als Stimme gegen Israel. Und auf den bisherigen amerikanischen Bündnispartner ist kein Verlass mehr. Um Israel formiert sich eine Koalition aus alten und neuen Feinden und deren Stellvertretern, die sich allesamt vor der gleichen Ideologie gebeugt haben, vor der nuklearen Bedrohung durch den Iran die Augen verschließen oder sie hinnehmen.

Nichts wird gelingen von diesem Plan, in dem Frieden ohne Gerechtigkeit verhandelt wird, Sicherheit ohne Wahrheit entstehen soll, Geld ohne Garantien versprochen und Israel als Hindernis für die globale Stabilität behandelt wird. Die ersten Verhandlungen in Davos wurden bereits verschoben. Der Iran blockiert die Straße von Hormus nach wie vor. Ebenso wenig lässt sich die Hamas entwaffnen trotz Friedensplan.

So wie Gaza nicht nur ein Wiederaufbauprogramm ist, so ist der Iran kein Handelspartner. Die Absichtserklärungen können keinen dauerhaften Frieden bringen, weil sie am Kern des Konflikts vorbeigehen: einem Regime, dessen Identität sich aus islamistischer Ideologie, Feindschaft gegen Israel, Stellvertreterkriegen und dem Willen zur Herrschaft über den Nahen Osten speist. Vereinbarungen können diese Konflikte verschieben und unter schädlichen Zugeständnissen vielleicht eindämmen, aber nicht lösen. Die Versuche des Westens, aus wirtschaftlichen Erwägungen das iranische Regime zu stützen, sind zum Scheitern verurteilt.

¹ <https://watch.org/node/142219>

Eine Rechnung ohne den Gott Israels

Israel ist keine geopolitische Variable. Die Nationen mögen Chartas, Absichtserklärungen und Friedenspläne unterzeichnen, aber sie sollten sich hüten, das Land mit Gottes Bund als globalen Störenfried zu behandeln und seine Sicherheit innerhalb eines Stabilitätsrahmens, der keiner ist.

Die Hoffnung, dass der Iran vom Mullah-Regime befreit wird, bleibt. Wird Persien Teil der Koalition sein, die gegen Israel in den großen Krieg zieht, den Hese-kiel 38 beschreibt, Teil oder Feind der Straße des Friedens von Assyrien nach Ägypten in Jesaja 19? Unterstützer des Regimes lehnen die Verhandlungen ab, stellen weder das Atomprogramm noch die Straße von Hormus zur Disposition, sondern fordern Entschädigungen von den USA. Die leidende Bevölkerung im Iran und im Libanon spielt bei den Verhandlungen keine Rolle. Aber das Potenzial der Opposition gegen ihre Unterdrücker wächst in beiden Ländern. Und keine Nation wird Israel binden und daran hindern zu tun, was es tun muss, um den Nahen Osten von dem mörderischen Regime zu befreien, das nach Jeremia 49 zum Untergang verurteilt ist.

Es ist allerdings die Illusion geplatzt, dass man ein Regime nur mit Waffengewalt stürzen kann, das sich aus einer tödlichen Ideologie speist und bereit ist, für seine Vernichtungsabsichten auch seine Bevölkerung zu opfern. Diese Erkenntnis wird sich in Israel immer mehr durchsetzen, vor allem in den IDF, die erhebliche Opfer gebracht haben und im Libanon noch immer bringen. Und Israel lernt schmerzhaft, dass US-Präsident Trump nicht sein Retter ist – und es sich zunehmend nur noch auf seinen Gott verlassen kann.

Europa spielt in den Verhandlungen keine Rolle, auch wenn sich Davos als Ort globaler Deals anbietet. Zwischen amerikanischen Interessen und dem eigenen Wirtschafts- und Handelsopportunismus wird auch Europa von zahnlosen Friedensappellen auf seinen Gott zurückgeworfen und von Israel in seiner jüdisch-christlichen Verbundenheit herausgefordert. Hier spielt Deutschland die entscheidende Rolle als Advokat für Israel in Europa, wenn sich seine Feinde um das Volk Gottes zusammenziehen. Wohl dem, der auf der richtigen Seite steht, wenn der Gott Israels sich aufmacht, diese Nationen zu richten (Joel 4).

*Karin Heepen,
Generalsekretärin*

Null Toleranz für Antisemitismus!

Stellungnahme von Bündnis C – Christen für Deutschland zur Zunahme von Antisemitismus, zur historischen Verantwortung Deutschlands und zur Warnung vor einem neuen Holocaust

Deutschland trägt mehr als jedes andere Land eine besondere Verantwortung, bereits auf die ersten Anzeichen von Antisemitismus entschieden zu reagieren. Die Geschichte hat uns gelehrt: Judenhass entsteht nicht plötzlich und führt nicht über Nacht zu organisierter Gewalt. Er beginnt mit Schweigen, Verharmlosung, politischer Relativierung, gesellschaftlicher Gleichgültigkeit und staatlicher Schwäche.

Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Shoah erleben wir in Deutschland und Europa erneut eine besorgniserregende Zunahme antisemitischer Vorfälle. Diese Entwicklung ist nicht nur beschämend, sondern ein ernstes Warnsignal für die Zukunft

Deutschlands, von Demokratie, innerer Sicherheit und unseres historischen Gewissens.

Es gibt keine politische, religiöse, ideologische oder kulturelle Rechtfertigung für Judenhass. Antisemitismus – in jeder Form und aus jeder Richtung – muss als Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die Würde des Menschen und auf die jüdisch-christlichen Grundlagen Europas verstanden und bekämpft werden.

Eine verfehlte Migrations- und Integrationspolitik hat insbesondere islamistischem Antisemitismus die Türen in Deutschland geöffnet. In einer gefährlichen Allianz mit linkem Antisemitismus, der sich hinter Antizionismus und Israelkritik verbirgt, unterwandert aggressiver Hass auf Juden und Israel den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Zu beidem haben sich Migranten für die Einbürgerung in Deutschland zu bekennen.



Wir warnen ausdrücklich: Eine Gesellschaft, die antisemitische Parolen, Bedrohungen gegen Synagogen, Angriffe auf jüdische Bürger, das Verbrennen israelischer Flaggen, Hasspropaganda an Schulen und Universitäten und antisemitische Hetze duldet oder relativiert, öffnet Türen, die die deutsche Geschichte mit Blut und Schande dokumentiert hat.

Deutschland darf niemals zulassen, dass Juden sich in unseren Straßen wieder fürchten müssen. Es darf nicht sein, dass jüdische Kinder ihre Identität verbergen müssen. Es darf nicht sein, dass jüdische Familien unter dauerhaftem Polizeischutz leben müssen. Für das Land, das die historische Verantwortung für den Holocaust trägt, ist dieser Zustand hochalarmierend.

Der Kampf gegen Antisemitismus darf sich nicht auf Gedenkreden, symbolische Gesten und jährliche Erinnerungsrituale beschränken. Erinnerung an die Shoah ist nur dann glaubwürdig, wenn Staat und Gesellschaft heute mit der Entschlossenheit gegen Judenhass vorgehen, die unsere Geschichte von uns verlangt.

Wir fordern die Bundesregierung, die Länder, Sicherheitsbehörden, Schulen, Universitäten und die Justiz auf:

1. Jede Form von Antisemitismus konsequent strafrechtlich zu verfolgen und gesellschaftlich zu ächten — unabhängig davon, aus welchem politischen, religiösen oder kulturellen Milieu sie stammt.
2. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland wirksam und praktisch zu schützen.
3. Bildung über die Shoah, den Staat Israel, die Geschichte jüdischen Lebens in Europa und die Wurzeln des Antisemitismus in Schulen, Universitäten und Integrationskursen deutlich zu stärken.
4. Antisemitische und antiisraelische Hetze auf Demonstrationen, in sozialen Medien, religiösen Ein-

richtungen, Kulturzentren, Universitäten oder politischen Veranstaltungen nicht länger zu dulden.

5. Die Migrations- und Integrationspolitik so zu steuern, dass die Einwanderung, Verbreitung oder Verharmlosung antisemitischer, antidemokratischer und extremistischer Ideologien abgewehrt wird.
6. Dafür zu sorgen, dass die Freiheiten unseres demokratischen Rechtsstaates nicht missbraucht werden, um genau diesen Rechtsstaat zu bekämpfen.

Die Sicherheit von Juden in Deutschland ist die Nagelprobe für den Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, für gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt. Wir mahnen die Verantwortung der deutschen Politik für die Sicherheit des Staates Israel als deutsche Staatsräson an und unterstützen jede Gesetzesinitiative, die die Leugnung des Existenzrechts Israels analog zur Holocaustleugnung strafbar macht.

Der Holocaust begann nicht mit den Gaskammern. Er begann mit Hass, Entmenschlichung, Ausgrenzung, Propaganda, Schweigen und der Untätigkeit zu vieler Verantwortlicher. Die Verhinderung einer solchen Katastrophe bedeutet daher, den ersten Anzeichen des Hasses entschieden entgegenzutreten und sich klar zu Israel und den Juden in unserem Land zu stellen.

Bündnis C steht an der Seite der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und des Staates Israel. Die Treue zum christlichen Erbe Europas, die jüdischen Wurzeln des christlichen Glaubens und die Liebe zum Volk Israel verpflichten uns, Antisemitismus mit aller Kraft entgegenzutreten. Schweigen angesichts von Judenhass wäre geschichtsvergessen, Verrat am Grundgesetz und setzt die Zukunft Deutschlands aufs Spiel. Deutschland kann nur dann glaubwürdig sagen, es habe aus seiner Vergangenheit gelernt, wenn unsere jüdischen Mitbürger in Deutschland sicher, geschätzt und gewollt sind.



Was Deutschland und Rumänien verbindet

Die vor einem Jahr gegründete rumänische Partei *Acțiunea Conservatoare* (ACT) feierte am 21. Juni ihren ersten Parteikongress im Bukarester Parlamentspalast. Der Saal war mit über 700 Delegierten, Mitgliedern und Gästen bis auf den letzten Platz gefüllt. Neben mehreren Europaabgeordneten und dem Präsidenten der *European Christian Political Party* (ECPP) war Karin Heepen als deutsche Gastsprecherin und Vizepräsidentin der ECPP zu einem Grußwort eingeladen. Hier ihre Rede im deutschen Wortlaut:

**Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Mandatsträger, Mitglieder,
Freunde und Gäste der ACT-Partei,
lieber Herr Tarziu,**

es ist mir eine große Ehre, heute als deutsche Gastsprecherin vor Ihnen zu stehen. Ich danke Ihnen sehr herzlich für die freundliche Einladung zu diesem ersten Kongress Ihrer Partei.

Was verbindet unsere beiden Länder Rumänien und Deutschland? Wir sind nicht nur einfach Europäer, wir haben eine gemeinsame, leidvolle jüngere Geschichte des Kommunismus und der Teilung über 40 Jahre. Wir

haben – Gott sei Dank – seit über 35 Jahren ein wiedervereinigtes Deutschland und zusammen ein geeintes Europa. Wir alle schätzen, glaube ich, die Werte, auf denen das neue Europa gegründet wurde nach dem Zweiten Weltkrieg. Und wir haben diese Werte in Osteuropa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wiederbelebt. Aber wir sehen gleichzeitig, dass diese Werte teilweise ausgehöhlt werden, und dass individuelle Freiheiten ohne Verantwortung für das Gemeinwohl auf Dauer nicht zum Guten dienen.

Ich möchte dazu ein Beispiel aufgreifen, das unsere beiden Länder betrifft, wenn auch auf gegensätzliche Weise. Die EU-Freizügigkeit hat vielen Menschen aus Rumänien Arbeit, ein wohlhabenderes Leben und uns in Deutschland willkommene Fachleute verschafft. Gleichzeitig wurden hier Ehen und Familien zerrissen und Kinder als Waisen zurückgelassen. Mehr als 3 Millionen Menschen, meist junge, gut ausgebildete Fachkräfte, haben Ihr Land verlassen und fehlen heute Ihrer Wirtschaft und für die Modernisierung des Landes. Natürlich war das die freie Entscheidung Ihrer Bürger. Aber ich möchte Sie stellvertretend für mein Land und für die EU um Vergebung bitten, dass wir für diesen Braindrain die Voraussetzungen geschaffen und davon profitiert haben, während Rumänien davon erheblich geschwächt wurde.

Als christliche Partei in Deutschland betonen wir deshalb, dass die demografische Krise der westlichen Welt nicht mit Zuwanderung zu lösen ist, die andere Länder ausblutet. Es ist Unrecht, ausgebildete Fachkräfte aus wirtschaftlich schwächeren Ländern abzuwerben. Dabei geht es nicht um Nationalismus oder darum, unsere Kultur strikt von Einwanderern freizuhalten. Vielmehr führt mich dies zu einem Kernthema Ihrer Partei. Denn der Ausweg aus der demografischen Krise unserer Länder und Europas ist nicht Zuwanderung, sondern eine umfassende, ressortübergreifende Familienpolitik, die jungen Paaren Mut macht, Kinder zu haben, und ihnen gute Bedingungen bietet, um sie gesund großzuziehen. Ohne gesunde Familien gibt es keine gesunde Gesellschaft. Und nur eine resiliente, beziehungs- und leistungsfähige nächste Generation wird auch unsere Wirtschaft erhalten können. Es ist unsere Verantwortung als Christen in der Politik, für diese Gesundung unserer Länder zu arbeiten.





Bukarest, Parlamentspalast

Dafür müssen wir jedoch an den Wurzeln unseres Wohlergehens in Europa ansetzen. Ich stamme aus Ostdeutschland und lebe dort. Der Osten Deutschlands gilt nach wie vor als eine der atheistischsten Regionen Europas. Und wir haben das Phänomen, dass vor allem dort die Menschen das christliche Abendland retten wollen – ohne Christus. Das aber wird nicht mehr funktionieren. Werte wie Freiheit, Würde und Verantwortung, die von unserer christlichen Ethik her Europa geprägt haben, sind auf Dauer nicht ohne ihr Fundament in der Bibel und unserem christlichen Glauben zu haben. Die Politik kann diese Werte nicht konservieren ohne Menschen, die von Christus geprägt und bereit sind, ihrem Land und der Gesellschaft in diesem Geist zu dienen. Eine solche spirituelle Erneuerung kann die Politik nicht bewirken, das ist die Aufgabe der Kirchen. Aber auch als konservative Parteien brauchen wir als Quelle für unsere Politik das Wort Gottes und Seinen Geist, um zukunftssträngige Lösungen für die multiplen Krisen Europas zu entwickeln und nachhaltig dem Wohl der Menschen und unserer Länder dienen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihrer jungen Partei die Weisheit Gottes und Erfolg, dass Sie ein sichtbares Vorbild werden in der öffentlichen Wahrnehmung und der Politik in Rumänien, zum Segen für Ihr Land. Und ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit zum Besten für Europa.

Gott segne Sie!



Karin Heepen

Vizepräsidentin
ECPP



Über den ACT-Kongress und die Rede wurde in den rumänischen Medien ausführlich berichtet: <https://www.qmagazine.ro/politician-german-la-congresul-act-as-dori-sa-va-cer-iertare-in-numele-tarii-mele-si-al-ue-pentru-ca-am-creat-conditiile-pentru-acest-exod-al-creierelor-si-am-beneficiat-de-pe-urma-lui/>

Erfurt im Frieden

Der folgende Beitrag hat auf Facebook zahlreiche verständnislose Kommentare provoziert. Dass die einen uns vorwerfen, wir würden die Linksextremisten verharmlosen, und die anderen, wir würden die AfD verteidigen, zeigt uns, dass wir genau richtig liegen, weil wir uns mit keiner der beiden Seiten gemein machen. Als Christen ist uns Nüchternheit und Gebet aufgetragen. Dem sind wir mit vielen im Land im Angesicht der Drohkulisse nachgekommen, und statt Sturm kam nur Wind. Eine Stadt wurde bewahrt, und die Erfurter sagen Danke.

Die von Politik und Medien heraufbeschworenen Gewaltexzesse wegen des AfD-Parteitages sind ausgeblieben. Der Parteitag fand nach Recht und Gesetz statt. Bis auf kleinere Straftaten und Ordnungswidrigkeiten war Frieden in der Stadt. Dank dafür gilt der Polizei und Betern in ganz Deutschland, die sich in und um Erfurt zum Schutz der Stadt aufgestellt haben.

Am Freitagabend feierten auf dem Erfurter Domplatz Tausende unbeschwert beim Konzert mit Roland Kaiser. Darüber hinaus war die Stadt etwas zu still. Es war nicht die Ruhe vor dem Sturm. Erfurt hat nicht die erwarteten Bilder geliefert, die für das Wochenende prophezeit wurden. Die völlige Überhöhung des AfD-Parteitages, der deswegen ausgerufenen Ausnahmezustand und die geschürte Angst wurden neutralisiert. Der Parteitag bekam den Platz, der ihm nach Recht und Gesetz zusteht, nicht mehr und nicht weniger.

Die Demonstrationen und Gegenveranstaltungen in der Stadt blieben friedlich. Linksextremistische Blockaden um die Messe und auf den Zufahrtsstraßen kamen nicht zustande oder wurden aufgelöst und haben den Parteitag nicht verhindert. Ausgegrabene Pflastersteine wurden in der Nacht bereits entdeckt und sichergestellt. 69 registrierte Straftaten bei 30 000 zum Teil gewaltbereiten Gegnern gehören andernorts leider zum Alltag. Die Polizei musste vier von Demonstranten angegriffenen Journalisten zu Hilfe kommen. Elf leichtverletzte Polizisten sind elf zu viel, zeugen jedoch von marginalen Eskalationen, auch wenn diese von den Medien mangels Skandalmaterial aufgebauscht und von allen Seiten wiederholt wurden.

Es gibt in Erfurt kaum Boden für Extremismus. Die Stadt ist ein Ort des Friedens, den auch die aus ganz



Deutschland angereisten Linksextremisten nicht durchbrechen konnten. Wenn diese ihre größte, jemals zustande gebrachte Blockade auf der A71 als Erfolg feiern, gibt es für das auf Indymedia und anderen Terror-Portalen angekündigte Gewaltpotenzial jedoch auch keine Entwarnung. Erfurt hat ein Beispiel gegeben, wie eine nach allen Seiten vorbereitete und konsequent agierende Polizei und Gebet im ganzen Land Spiralen der Gewalt durchbrechen können.

Das „Fest der Demokratie“, das die Gegner des AfD-Parteitages in der Stadt inszeniert haben, bleibt als Verteidigung der Demokratie fragwürdig. Ohne den AfD-Parteitag hätte es dieses „Fest“ nicht gegeben, das keinen demokratischen Dialog gesucht hat, sondern reine Gegenveranstaltung war, die damit Polarisierung verstärkt und zementiert und letztlich Gewalt gegen Andersdenkende mit provoziert. Leider haben sich auch die Kirchen in der Stadt davon teilweise vereinnahmen und instrumentalisieren lassen.

Als Bündnis C – Christen für Deutschland fordern wir gerade von den Kirchen eine kritische Äquidistanz zu beiden Seiten der politischen Lager, um Fronten zu entschärfen und zusammenzubringen. Die Bibel sagt uns, dass man ein Gewächs an seinen Früchten erkennen wird (Mt 7,16f). Die aggressive Propaganda gegen die AfD bewirkt genau das Gegenteil von dem, was man bezweckt, und macht sie stärker. Teilnahme für die eine oder andere Seite in unserer polarisierten Gesellschaft dient nicht dem Gemeinwohl. Auch wenn Erfurt am Wochenende weitgehend friedlich war, bezahlen wir alle die immensen Kosten für den Polizeieinsatz und den Preis für eine immer tiefer gespaltene Gesellschaft. Wir stehen an einem Wendepunkt, wo wir für unser Land den Frieden Gottes erbitten, der höher ist als alle gegensätzliche politische Vernunft, und den die Beter am Wochenende vom Himmel in die Mitte Deutschlands gebracht haben.

Karin Heepen, Generalsekretärin

Infomaterial zum Weitergeben



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüren zu Finanzpolitik, Israel, Gesundheitspolitik, Familie und Lebensschutz, Außenpolitik und Migration

Autoaufkleber, 20 x 12 cm



Zwei Staaten für zwei Völker? Warum die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina gescheitert ist und realistische Wege zum Frieden (A5-Broschüre)



Wirtschaft, Außenpolitik und Migration: Wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können (A5-Broschüre)



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“

Telefonisch oder per Email bestellen bei:

Bündnis C – Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
E-Mail: info@buendnis-c.de

Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“



Liebe Mitglieder, liebe Interessenten,

Deutschland ist in vielen Bereichen die treibende Kraft in Europa und mit Frankreich zusammen in der EU. Als größte Volkswirtschaft und mit den meisten Einwohnern hängt der europäische Binnenmarkt maßgeblich an der deutschen Industrie. Deutschland fungiert als Zentrum des Kontinents und von der früheren Teilung Europas her als Brücke zwischen Ost und West. Die EU ist als geopolitischer Akteur auf eine klare deutsche Positionierung angewiesen. Die Stärke Europas gegenüber Gefahren von außen hängt maßgeblich vom Agieren der deutschen Politik ab.

Unsere europäischen Nachbarn sehen mit dieser Führungserwartung auf Deutschland und gleichzeitig mit Sorge auf die wegbrechende deutsche Wirtschaft, den politischen Schlingerkurs wechselnder Regierungen und die Lähmung nötiger Reformen. Viele sind dankbar für die deutsche Großzügigkeit, insbesondere in Osteuropa. Bei der Internationalen Berliner Begegnung im Juni drückte der ehemalige slowakische Ministerpräsident Eduard Heger seine Wertschätzung, Liebe und Hoffnung für Deutschland aus. Er sprach die anwesenden deutschen Politiker und Bundestagsabgeordneten an, das Wort Gottes und christliche Maßstäbe für die Politik wieder als Leuchtturm in die Mitte der Gesellschaft zu stellen, wo er ins Abseits geschoben wurde und nicht mehr zur Orientierung dient. Und er mahnte: Wenn Ihr das in Deutschland nicht schafft, schafft es keiner in Europa. Wir beten für Euch.

Er fasste damit auf politischer Ebene zusammen, was Deutschland von christlichen Stimmen aus Afrika, Lateinamerika und Asien seit den 90er Jahren immer wieder zugesprochen wurde: Deutschland ist nicht nur wirtschaftlich und politisch Triebfeder für Europa, sondern auch für die nötige geistliche Erneuerung unseres Kontinents. Viele Christen in Europa und weit darüber hinaus beten für Deutschland um diese Hinwendung zu Gott.

Wie sehen wir Deutschland? Als hoffnungslosen Fall, zum Untergang verurteilt? Wie identifizieren wir uns mit unserem Land? Aus der Distanz, kritisierend, was alles schief läuft? Stehen wir mittendrin, bereit uns engagieren, oder irgendwo am Rand als Beobachter? Lieben wir Deutschland, oder haben wir es schon aufgegeben?

Ich schlage Ihnen ein Experiment vor: Versuchen Sie erstens Deutschland mal mit den Augen unserer Nachbarn und Freunde zu sehen: mit Dankbarkeit für alles Gute, das Deutschland in die Welt gebracht hat, mit

Wertschätzung und Bewunderung, mit der Sorge um unser aller Zukunft und dem Zutrauen, dass Deutschland das Ruder für Europa herumreißen kann.

Und verbinden wir uns zweitens mit unseren Geschwistern in aller Welt im Gebet. Denn im Kern geht es um nicht weniger als die Berufung Deutschlands, die auf dem Spiel steht. Wir werden das Land der Dichter und Denker genannt, eine Nation, die vorangehen, Lösungen entwickeln und damit anderen dienen kann. Man kann sagen: Das ist vorbei. Oder: Das ist unsere Berufung. Gott reuen seine Gaben und Berufung bekanntlich nicht (Röm 11,29). Und genauso schauen unsere Nachbarn auf Deutschland, gerade angesichts unserer zunehmenden Schwäche: Wenn Deutschland es nicht schafft, schafft es keiner.

Lähmung, Unglauben und Resignation rühren maßgeblich von Angst und Perfektionismus her. Und wenn die Welt nicht mehr perfekt ist, graben wir uns am besten gleich ein – wenigstens in unsere private Welt?

Der Schlüssel für die Berufung Deutschlands sind wir Christen, um die Taten Gottes zu bezeugen, der uns und unser Land aus der Finsternis in sein Licht berufen hat (1Petr 2,9). Gott bringt vom Anbeginn der Schöpfung Ordnung ins Chaos und will uns dafür als Bodenpersonal. Wir bekommen die Vergangenheit nicht zurück, aber wir sind Schöpfer unserer Zukunft – mit Gottes Hilfe und mit Auswirkungen für Europa.

Dafür darf uns Angst nicht an das Vergehende binden. Und dafür gibt es erste Hoffnungszeichen. Junge Menschen kommen zu Christus und wollen Verantwortung übernehmen. Sie haben nichts zu verlieren. Stellen wir uns an ihre Seite – nicht aus Sorge, sondern aus Liebe und im Vertrauen auf Gottes Gnade und Erneuerung.

Es grüßt Sie herzlich



Karin Heepen

Generalsekretärin

bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 40 – 2026/2

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen

Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abb. auf Seite 1: wal_172619/Pixabay; S. 13: Harry Stüber/Pixabay; S. 19: www.schalom-chemnitz.de; S. 25: Joe/Pixabay; S. 26: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, "Das Eherecht"; S. 28: Levi Meir Clancy/Unsplash; S. 29: sadaf vakilzadeh/Unsplash; S. 31: Walkerssk/Pixabay; S. 34: Acțiunea Conservatoare (ACT); S. 35: Erich Westendarp/Pixabay; S. 35: Acțiunea Conservatoare (ACT); S. 36: ringelbaer/Pixabay

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX